



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Wnioski posłów w parlamencie dotyczące ustawodawstwa pracy i projektów ustaw

Liczba stron oryginału

78

Liczba plików skanów

79

Liczba plików publikacji

79

Sygnatura/numer zespołu

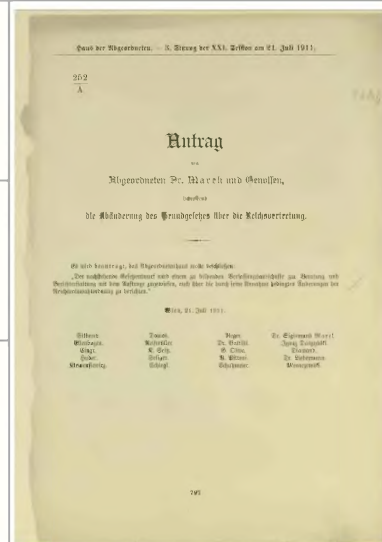
TR 056.014

Data wydania oryginału

Ok. 1911

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+

01 001
Digitalizacja

252

A

56.14/1

Antrag

des

Abgeordneten Dr. Marek und Genossen,

betreffend

die Abänderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung.

Es wird beantragt, das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

„Der nachstehende Gesetzentwurf wird einem zu bildenden Verfassungsausschusse zur Beratung und Berichterstattung mit dem Auftrage zugewiesen, auch über die durch seine Annahme bedingten Änderungen der Reichsratswahlordnung zu berichten.“

Wien, 21. Juli 1911.

Silberer.
Ellenbogen.
Gingr.
Hudec.
Klemeniewicz.

Domes.
Reismüller.
A. Seiz.
Seliger.
Schiegl.

Keger.
Dr. Battisti.
G. Oliva.
B. Bittoni.
Schuhmeier.

Dr. Sigismund Marek.
Ignaz Daszyński.
Diamand.
Dr. Liebermann.
Moraczewski.

G e s e h

vom ,

womit

Bestimmungen des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, beziehungsweise vom 26. Jänner 1907, R. G. Bl. Nr. 15 und 16, abgeändert werden.

Mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, beziehungsweise vom 26. Jänner 1907, R. G. Bl. Nr. 15 und 16, hat in Zukunft zu lauten:

„Wahlberechtigt zur Wahl eines Abgeordneten ist jede Person ohne Unterschied des Geschlechtes, welche das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, nach den Bestimmungen der Reichsratswahlordnung vom Wahlrechte nicht ausgenommen oder ausgeschlossen ist und innerhalb der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder in der Gemeinde (Gutsgebiet), in welcher das Wahlrecht auszuüben ist, am Tage der Ausschreibung der Wahl ihren Wohnsitz hat.

Wählbar als Abgeordnete sind alle Personen ohne Unterschied des Geschlechtes, welche die österreichische Staatsbürgerschaft seit mindestens drei Jahren besitzen, das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben und nach den Bestimmungen der Reichsratswahlordnung nicht vom Wahlrechte ausgenommen oder ausgeschlossen sind.“

253

A

Antrag

des

Abgeordneten Daszyński und Genossen,

betreffend

die Schaffung eines Gesetzes, womit die Ausscheidung der theologischen Fakultäten, die Aufhebung der theologischen Seminarien und die Erklärung der theologischen Lehranstalten als private Unterrichtsanstalten verfügt wird.

Religion und Wissenschaft sind zwei vollständig voneinander getrennte Gebiete. In einem freien Lande soll absolute Gewissensfreiheit und unumschränkte Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre herrschen. In neuester Zeit sind wieder Bestrebungen zutage getreten, die darauf abzielen, das gesamte Schulwesen und ganz besonders auch die Universitäten unter die uneingeschränkte Botmäßigkeit des römisch-katholischen Klerikalismus zu bringen. Dadurch ist die Bevölkerung aller Nationen und aller Schichten, soweit sie nicht im Banne dieses Klerikalismus steht, in große Aufregung versetzt worden und Protestkundgebungen aller Art werden laut, die sich gegen die jeder modernen Entwicklung des Lebens feindseligen Tendenzen des papistischen Klerikalismus richten.

Von vielen Seiten wird die Regierung aufgefordert, der wachsenden Beunruhigung der freiheitlich gesinnten Bevölkerung dadurch entgegenzuwirken, daß sie wirksame Garantien gegen den Übermut des römisch-katholischen Klerikalismus biete.

Eine solche wirksame Garantie gegen die „Eroberung“ insbesondere der Universitäten durch den katholischen Klerikalismus können die Unterzeichneten nur darin erblicken, daß die staatlichen Universitäten, die der freien Wissenschaft in Lehre und Forschung gewidmet sein sollen, allen ihnen und ihrer Aufgabe wesensfremden Einflüssen entrückt werden. Am besten geschieht dies dadurch, daß die theologischen Fakultäten an den Universitäten, deren sogenannte wissenschaftliche Lehre und Forschung durch von vornherein feststehende Glaubenssätze so sehr eingeschnürt ist, daß sie auf den Titel einer freien Wissenschaft keinen Anspruch mehr hat, völlig aufgehoben werden.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag:

„Das Abgeordnetenhaus wolle dem folgenden Gesetzentwurfe seine Zustimmung erteilen:“

Gesetz

vom ,

womit

die Ausschcheidung der theologischen Fakultäten von den Universitäten, die Aufhebung der theologischen Seminarien und die Erklärung der theologischen Lehranstalten als private Unterrichtsanstalten verfügt wird.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Die theologischen Abteilungen (Fakultäten) der Universitäten und die selbständigen theologischen Fakultäten werden aufgehoben.

§ 2.

Theologische Lehranstalten sind als private Unterrichtsanstalten anzusehen.

Die Gesetze und Verordnungen, betreffend die Organisation der bisherigen theologischen Fakultäten und das theologische Studium, finden auf sie keine Anwendung.

§ 3.

Der theologische Doktorgrad kann nicht mehr erworben werden. Die Bestimmungen über die Erlangung des theologischen Doktorgrades und über die Nostrifikation ausländischer, insbesondere an den päpstlichen Universitäten und Kollegien in Rom erworbener theologischer Doktordiplome treten außer Kraft.

§ 4.

Der § 30 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 50, und der § 26 des Gesetzes vom 27. April 1873, R. G. Bl. Nr. 63, werden aufgehoben.

§ 5.

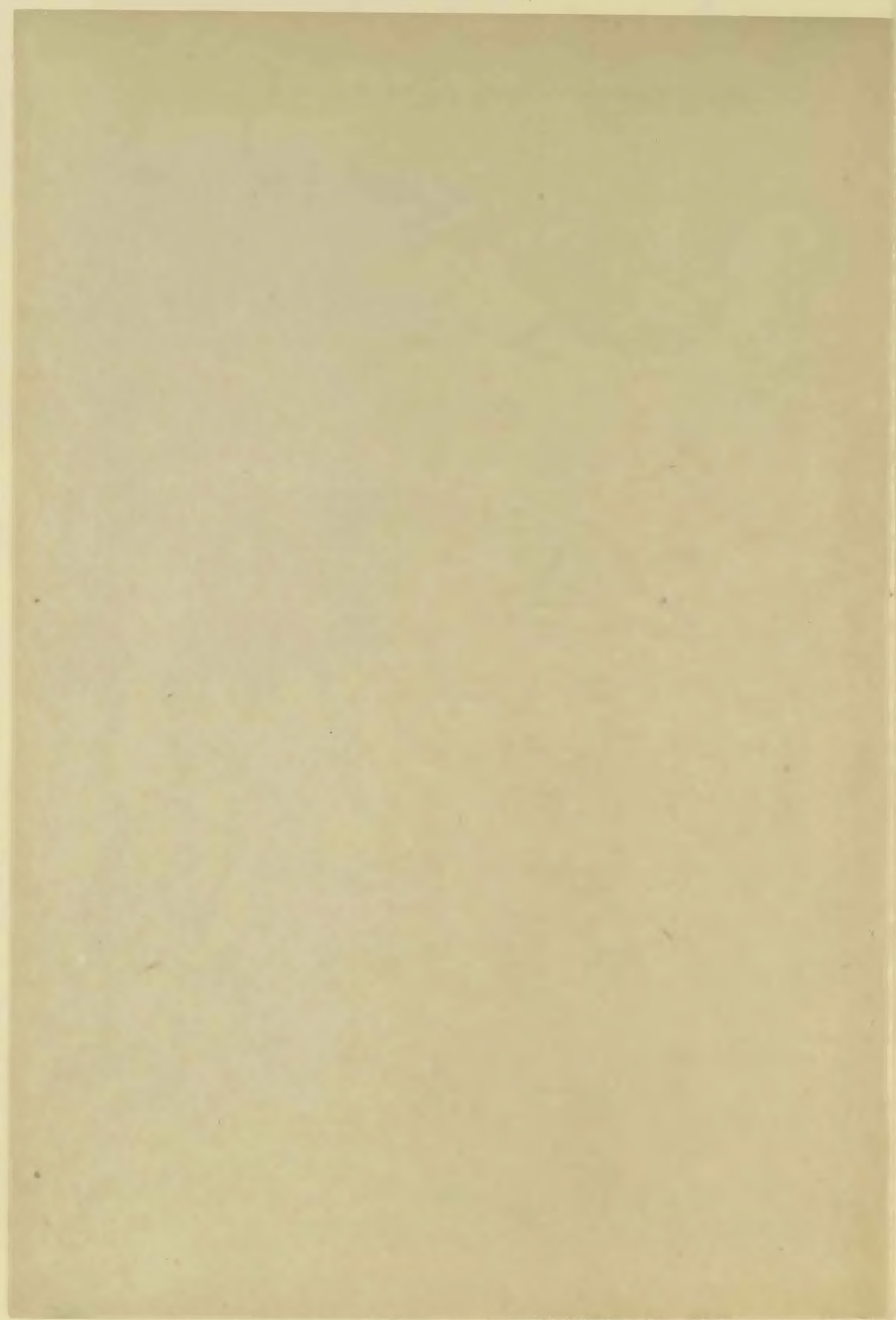
Mit der Vollziehung dieses Gesetzes wird der Minister für Kultus und Unterricht beauftragt.

In formaler Beziehung wird beantragt, diesen Antrag einem zu wählenden Unterrichtsausschusse zuzuweisen.

Wien, 21. Juli 1911.

R. Seiz.
 Pittoni.
 G. Oliva.
 Dr. Battisti.
 Schuhmeier
 Kefel.
 Reismüller.
 Domes.
 Seliger.
 Silberer.

Daszynski.
 Klemeniewicz.
 Dr. Marek.
 Dr. Diamand.
 Hudec.
 Moraczewski.
 Liebermann.
 Reger.
 Eingr.
 Ellenbogen.



254

A

Antrag

des

Abgeordneten Dr. Diamond und Genossen,

betreffend

die Verkürzung der Arbeitsdauer in den gewerblichen Unternehmungen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Gebot der sozialen Hygiene, ein Erfordernis der Steigerung der Intensität und Produktivität der Arbeit.

Die Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen hat einem großen Teile der österreichischen Arbeiterschaft bereits eine Arbeitszeit errungen, die weit kürzer ist als der gesetzliche Maximalarbeitstag. Da aber die Kämpfe der Gewerkschaften durch die Schikanen der politischen Behörden, durch die Schmälerung des Koalitionsrechtes erschwert werden, besteht in vielen Fabriken immer noch der elfstündige, in manchen nicht fabrikmäßigen Betrieben sogar noch ein längerer Arbeitstag. Soll die Verkürzung der Arbeitszeit nicht erst in vielen opfervollen Kämpfen erstritten werden, dann muß hier die Gesetzgebung eingreifen.

Die Wirtschaftskrise läßt die Arbeiterschaft wieder das aufreizende Schauspiel sehen, daß zehntausende Arbeiter arbeitslos sind, während die Masse der Arbeiterschaft — und insbesondere die Masse der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter — den mörderischen Wirkungen einer allzulangen Arbeitszeit ausgesetzt bleibt. Die Verkürzung des gesetzlichen Maximalarbeitstages erscheint also gerade jetzt doppelt geboten.

Am 1. Jänner 1910 trat im Deutschen Reich das Gesetz in Kraft, durch das der Zehnstundentag für Frauen eingeführt wird. Durch dieses Gesetz wurde die österreichische Arbeiterschutzgesetzgebung neuerlich von der ausländischen Gesetzgebung überholt.

Die Gefertigten beantragen, der Forderung entsprechend, die die gesamte Arbeiterschaft am 1. Mai erhebt, die Einführung des Achtstundentages. Um jedoch der Industrie die Anpassung an die neuen Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, wird die stoffelweise Verkürzung der Arbeitszeit während einer sechsjährigen Übergangsperiode beantragt. Doch wird die gesetzliche Einschränkung beantragt, daß auch während dieser Übergangszeit die Arbeitsdauer in denjenigen Betrieben und Betriebsabteilungen, in denen bereits eine kürzere Arbeitszeit als die durch die Übergangsbestimmungen dieses Gesetzes bestimmte besteht, nicht verlängert werden darf. Eine analoge Bestimmung findet sich in dem Gesetz vom 28. Juli 1902, R. G. Bl. Nr. 156, über das Arbeitsverhältnis der bei Regiebauten und in den Hilfsanstalten der Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter.

Durch diese Bestimmung sollen die Errungenschaften der Gewerkschaften für alle Zukunft gesetzlich gesichert und die schrittweise Herabsetzung der Maximalarbeitszeit bis zum Achtstundentag herbeigeführt werden.

Das Gesetz findet auf alle Unternehmungen Anwendung, außer auf diejenigen, deren besondere Arbeitsbedingungen nur durch Spezialgesetze geregelt werden können. Entwürfe solcher Spezialgesetze liegen bereits vor: so der Antrag der Abgeordneten Tomšik, Ellenbogen, Černý, Moraczewski und Pagnini, betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten; der Antrag der Abgeordneten Čingr, Beer, Dašgýnský, Prokeš, Seliger, Beutel und Wityš, betreffend die Schichtdauer beim Bergbau; der Antrag der Abgeordneten Adler, Němec, Dašgýnský, Pittoni und Wityš, betreffend die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben. Die Gefertigten behalten sich vor, auch über die Arbeitszeit der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, der Hausdienerschaft, der in der Seeschifffahrt und Seefischerei beschäftigten Arbeiter zu geeigneter Zeit Anträge zu stellen.

Es wird demnach der Antrag gestellt:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

„Dem folgenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu erteilen.“

Gesetz

betreffend

die Arbeitsdauer in gewerblichen Unternehmungen.

Artikel I.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden Anwendung:

1. auf alle der Gewerbeordnung unterworfenen Gewerbeunternehmungen;
2. auf die im Artikel V, lit. d, f, g, h, i, k, n, o, p, q, des kaiserlichen Patents vom 20. Dezember 1859, R. G. Bl. Nr. 227, erwähnten Unternehmungen;
3. auf die Regiebauten und Hilfsanstalten der Eisenbahnen.

Artikel II.

Als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes sind anzusehen:

1. die gewerblichen Hilfsarbeiter (§ 73, Absatz 1, G. D.);
2. diejenigen Personen, die Lohnarbeit der gemeinsten Art verrichten (Artikel V, lit. d, des kaiserlichen Patents vom 20. Dezember 1859, R. G. Bl. Nr. 227);

3. die für höhere Dienstleistung in der Regel mit Jahres- oder Monatsgehalt angestellten Personen (§ 73, Absatz 3, G. D.).

§ 1.

In allen diesem Gesetze unterworfenen Unternehmungen (Artikel I) darf die Arbeitsdauer für alle Arbeiter (Artikel II) ohne Einrechnung der Arbeitspausen bis zum 31. Dezember 1912 nicht mehr als höchstens zehn Stunden, vom 1. Jänner 1913 bis zum 31. Dezember 1915 nicht mehr als höchstens neun Stunden, vom 1. Jänner 1916 an nicht mehr als höchstens acht Stunden binnen 24 Stunden betragen.

§ 2.

In denjenigen Betrieben und Betriebsabteilungen, in denen im letzten Jahre vor dem Beginn der Wirksamkeit der einzelnen Bestimmungen des § 1 dieses Gesetzes die regelmäßige tägliche Arbeitsdauer im Jahresdurchschnitt kürzer war, als durch dieses Gesetz bestimmt wird, kann die Arbeitsdauer nicht verlängert werden.

§ 3.

Die Gewerbebehörden sind befugt, eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitsdauer um höchstens zwei Stunden täglich und auf höchstens drei Wochen ausnahmsweise zu gestatten, wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb unterbrochen haben. Die Überstunden sind besonders zu entlohnern.

§ 4.

Auf Arbeiten, welche der eigentlichen gewerblichen Erzeugung als Hilfsarbeiten vorausgehen oder nachfolgen müssen (Kesselheizung, Anfeuern der Öfen, Beleuchtung, Säuberung), finden, sofern diese Arbeiten nicht von jugendlichen Hilfsarbeitern oder Lehrlingen verrichtet werden, die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung. Jedoch ist die Dauer dieser Verrichtungen auf das notwendigste Maß zu beschränken.

Artikel III.

Die Arbeitsdauer in denjenigen Betrieben und Betriebsabteilungen, die ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern, ferner in den im Artikel V, lit. a, b, c, l, m, des kaiserlichen Patents vom 20. Dezember 1859, R. G. Bl. Nr. 227, erwähnten Unternehmungen wird durch besondere Gesetze geregelt.

Artikel IV.

Das Gesetz tritt an dem seiner Kundmachung folgenden 1. Jänner in Kraft. Gleichzeitig tritt der § 96 a G. D. außer Wirksamkeit.

Artikel V.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird der Handelsminister im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Ministern betraut.

Hinsichtlich der Geschäftsbehandlung wird beantragt, diesen Antrag dem Sozialpolitischen Ausschusse zuzuweisen.

Wien, 21. Juli 1911.

Daszyński.
Hudec.
Cingr.
Rager.
Liebermann.
B. Pittoni.
Dr. Battisti.
Kefel.
Domes.
Seligler.

Dr. Diamand.
Klemenšewicz.
Marek Zygm.
Moraczewski.
Ellenbogen.
G. Oliva.
R. Seitz.
Reismüller.
Schuhmeier.
Silberer.

255

A

Antrag

des

Abgeordneten Daszyński und Genossen,

betreffend

die Abänderung der Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867.

Die Gefertigten stellen den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz

vom ,

wodurch

die Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867 abgeändert werden.

Artikel I.

In dem Artikel V des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 145, über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, werden folgende Worte gestrichen: „ . . . erklärt Krieg und schließt Frieden“.

Artikel II.

Am Schlusse des § 11 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird, werden folgende Worte eingeschaltet: „p) die Entscheidung über Krieg und Frieden“.

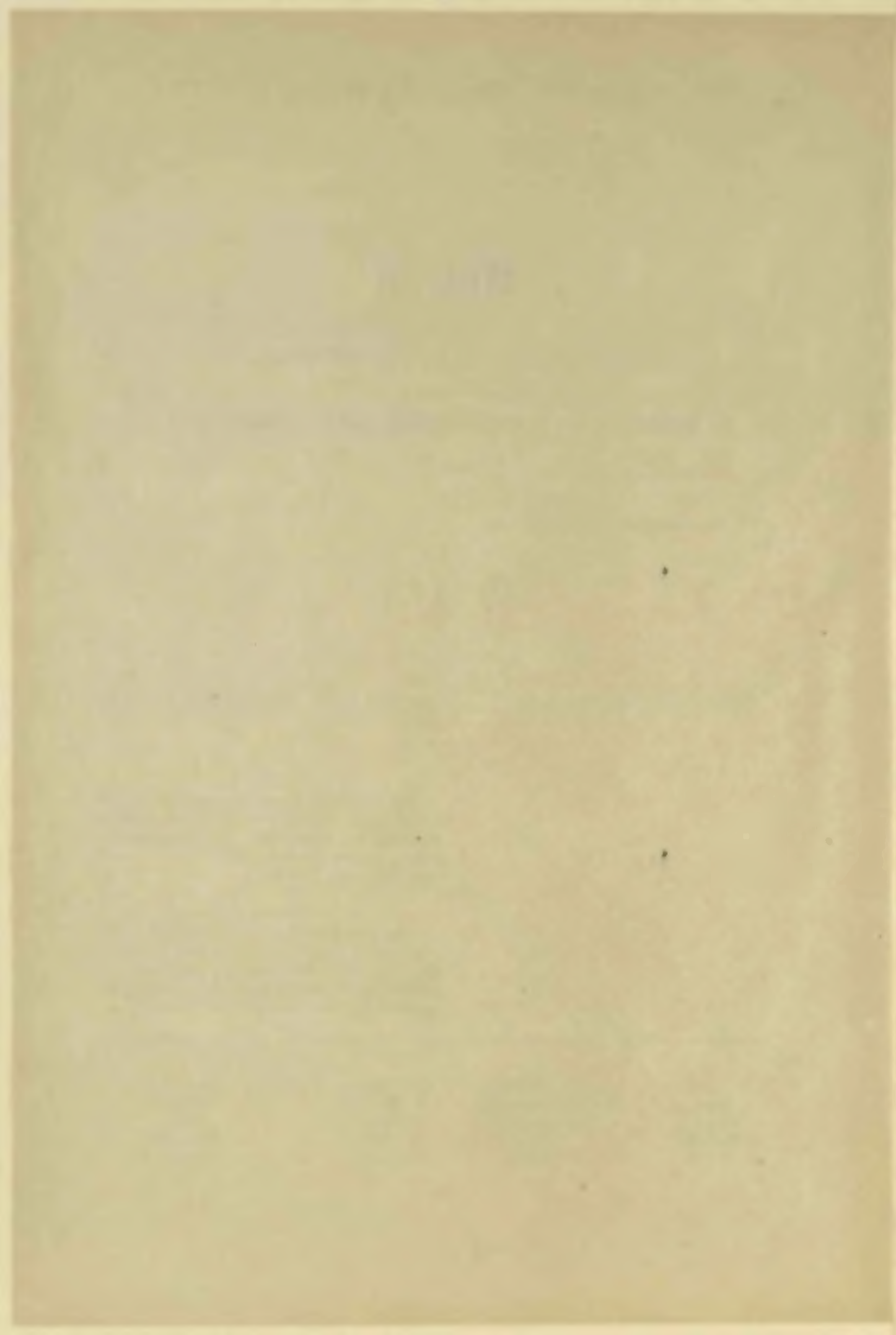
Hinichtlich der Geschäftsbehandlung wird beantragt, diesen Antrag dem Verfassungsausschusse zuzuweisen.

G. Oliva.
Reger.
Domes.
Klemenšewicz.
B. Pittoni.

Dr. Battisti.
Marek Zygmunt.
Ellenbogen.
A. Seitz.
Schuhmeier.

Gingr.
Reismüller.
Silberer.
Resel.
Schiagl.

Daszyński.
Diamand.
Gudec.
Viebermann.
Moraczewski.



256

A

Antrag

des

Abgeordneten Daszyński und Genossen,

betreffend

die Aufhebung des § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141.

Unter Berufung auf den Bericht des Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses vom 19. April 1903 (1752 der Beilagen, XVII. Session) stellen die Gefertigten den Antrag, das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, dem folgenden Gesetzentwurfe die Zustimmung zu erteilen.

Hinsichtlich der Geschäftsbehandlung wird beantragt, diesen Antrag dem Verfassungsausschusse zuzuwiesen.

„Gesetz

vom,

durch welches

der § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, aufgehoben wird.

Artikel I.

Der § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird, wird aufgehoben.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.

Artikel III.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist das Gesamtministerium betraut.“

R. Seitz.
G. Oliva.
Dr. Battisti.
B. Pittoni.
Schuhmeier.

Seliger.
Domes.
Reismüller.
Silberer.
Schiegel.

Ellenbogen.
Eingr.
Klemeniewicz.
Reger.
Moraczewski.

Daszyński.
Hudec.
Dr. Liebermann.
Dr. Diamand.
Dr. Marek.

257

A

Antrag

des

Abgeordneten Dr. Marek und Genossen,

betreffend

die Errichtung von Gewerbegerichten und die Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten
aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnis.

Die Gefertigten stellen den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

„Nachstehender Gesetzentwurf ist ohne erste Lesung dem Justizausschusse zuzuweisen.“

G. Oliva.
Dr. Battisti.
Ellenbogen.
Reismüller.
Domes,
Schuhmeier.
Seliger.
Silberer.
Schiegl.
B. Bittoni.

Dr. Marek Zygmunt.
Daszyński.
Diamand.
Hudec.
Moraczewski.
Liebermann.
Klemenšewicz.
Rager.
Cingr.
R. Seitz.

Gesetz

vom ,

betreffend

die Errichtung von Gewerbegerichten und die Gerichtsbarkeit in
Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen,
wie folgt:

I. Errichtung, Wirkungskreis und Zusammensetzung.

§ 1.

Zur Austragung von Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnis zwischen Inhabern von gewerbsmäßig betriebenen Unternehmungen und Beschäftigungen und deren Arbeitern und Angestellten, ferner zwischen Arbeitern und Angestellten desselben Betriebsunternehmers untereinander werden besondere Gerichte errichtet.

Die sachliche Zuständigkeit dieser Gerichte erstreckt sich auf alle der Krankenversicherungspflicht nach § 1 des Gesetzes vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, unterliegenden, sowie auf die im § 3, dritter Absatz (Hausindustrie), Krankenversicherungsberechtigten, auf die nach § 210 des kaiserlichen Patentgesetzes vom 23. Mai 1854, R. G. Bl. Nr. 146 (Berggesetz), zur Errichtung von Bruderkassen verpflichteten Unternehmungen und Beschäftigungen und auf die Betriebe des Staates, eines Landes, eines Bezirkes, einer Gemeinde, eines öffentlichen Fonds und der Militärverwaltung.

§ 2.

Die Errichtung eines solchen Gerichtes erfolgt durch eine vom Justizministerium im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien zu erlassende, im Reichsgesetzblatt kundzumachende Verordnung.

An jenen Orten, wo Gewerbegerichte auf Grund des Gesetzes vom 27. November 1896, R. G. Bl. Nr. 218, errichtet wurden, haben zugleich mit dem Beginn der Wirksamkeit dieses Gesetzes neue, auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes errichtete Gerichte in Tätigkeit zu treten.

Außerdem sind solche Gerichte am Sitz eines Kreis- oder Landesgerichtes und am Sitz jener Bezirksgerichte zu errichten, in deren Sprengel nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung mindestens 5000 in den im § 1 bezeichneten Betrieben beschäftigten Personen sich aufhielten, ferner an jenen Orten, an denen die beteiligten Ministerien das Bedürfnis als vorhanden ansehen.

Diese Vorschriften finden auch auf die Auflösung bereits bestehender Gewerbegerichte sowie auf Änderungen ihres Sprengels Anwendung.

§ 3.

Die Verordnung, durch welche ein Gewerbegericht errichtet wird, bezeichnet den Sprengel des Gewerbegerichtes sowie den Umfang seiner Zuständigkeit.

Die Zuständigkeit des Gewerbegerichtes schließt die Zuständigkeit der politischen Behörden sowie der ordentlichen Gerichte aus.

Die streitenden Teile können auf die Zuständigkeit des Gewerbegerichtes nicht verzichten.

Im Zweifel wird die Zuständigkeit des Gewerbegerichtes vermutet.

§ 4.

Das Gewerbegericht ist ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig in allen Streitigkeiten zwischen den im § 1 bezeichneten Personen, in denen das Begehren gerichtet ist, auf Erfüllung oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung einer aus dem Arbeits-, Lehr- oder Lohnverhältnis entspringenden gesetz oder vertragsmäßigen Verpflichtung des Beklagten oder auf Feststellung des Bestandes oder Nichtbestandes einer solchen Verpflichtung.

§ 5.

Als Arbeiter, beziehungsweise Angestellte im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Personen, die mit den Inhabern der im § 1 bezeichneten Unternehmungen und Beschäftigungen ein Arbeits-, Lehr- oder Lohnverhältnis abgeschlossen haben.

§ 6.

Die mit der Errichtung und Erhaltung der Gewerbegerichte verbundenen Kosten welcher Art immer trägt der Staat.

§ 7.

Das Gewerbegericht besteht aus einem Vorsitzenden, der erforderlichen Anzahl von Stellvertretern desselben sowie aus mindestens zehn Beisitzern und der erforderlichen Anzahl von Ersatzmännern aus jedem der beiden Wahlkörper. Der Vorsitzende sowie dessen Stellvertreter müssen für das Richteramt befähigte richterliche Beamte sein. Sie werden vom Justizminister ernannt.

Die Bezüge des Vorsitzenden und des Stellvertreters werden vom Justizministerium im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien von Fall zu Fall bestimmt.

Die Beisitzer sowie Ersatzmänner des Gewerbegerichtes werden zur Hälfte von den Unternehmern, zur Hälfte von den Arbeitern in abgesonderten Wahlkörpern aus ihrer Mitte gewählt.

Jedem Gewerbegerichte ist das erforderliche Personal zur Besorgung der Kanzleigeschäfte zuzuweisen.

§ 8.

Der Wahlkörper der Unternehmer besteht aus den Inhabern der im § 1 bezeichneten Unternehmungen und Beschäftigungen, deren Betriebsstätte sich im Sprengel des Gewerbegerichtes befindet und auf die sich die Zuständigkeit des Gewerbegerichtes erstreckt. Wenn ein Gewerbe durch den Stellvertreter ausgeübt wird oder dasselbe verpachtet ist (§§ 2, 55 und 56 G. D.), so ist anstatt des Gewerbeinhabers der Stellvertreter, Geschäftsführer oder Pächter wahlberechtigt.

Frauen können auch durch Bevollmächtigte wählen.

Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Aktiengesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Korporationen, Anstalten und Vereine üben ihr Wahlrecht durch eine jener Personen aus, die im einzelnen Fall zu ihrer Vertretung nach außen berechtigt sind. Betriebe des Staates, eines Landes, eines Bezirkes, einer Gemeinde oder eines öffentlichen Fonds üben ihr Wahlrecht durch den amtlich bestellten Betriebsleiter aus.

Der Wahlkörper der Arbeiter und Angestellten besteht aus sämtlichen in den Betrieben, auf welche sich die Zuständigkeit des Gewerbegerichtes erstreckt, beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten, die das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben und seit mindestens einem Jahr im Inlande in Arbeit stehen. Lehrlinge sind nicht wahlberechtigt.

Ausgeschlossen von der aktiven Wahlberechtigung ist, wer unter Kuratel steht oder über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet ist, solange das Konkursverfahren dauert, ferner wer sich in strafgerichtlicher Untersuchung, unter Anklage oder Strafe befindet, oder wer infolge

einer Verurteilung nach dem Gesetze von der Wählbarkeit in die Gemeindevertretung ausgeschlossen ist, solange diese Ausschließung dauert.

§ 9.

Das passive Wahlrecht besitzt jeder männliche und weibliche, 24 Jahre alte und eigenberechtigte österreichische Staatsbürger, der aktiv wahlberechtigt ist, sowie derjenige, der in einem der im § 1 genannten Unternehmungen und Beschäftigungen durch mindestens zwei Jahre tätig war. Bei staatlichen Betrieben, sowie bei Transport- und Fabriksunternehmungen sind die im betreffenden Betriebe angestellten Beamten passiv wahlberechtigt.

Vom passiven Wahlrechte sind jene Personen ausgeschlossen, welche nach den bestehenden Gesetzen wegen einer strafgerichtlichen Verurteilung zu einer Anstellung bei Gericht nicht zugelassen werden dürfen.

Ein Beisitzer oder Ersahmann kann aus einem der nachfolgenden Gründe die auf ihn gefallene Wahl ablehnen oder das angetretene Amt zurücklegen:

1. Wenn er über 60 Jahre alt ist;
2. wenn er an einem die Amtsführung hindernden Gebrechen leidet;
3. wenn er unmittelbar in der letzten Wahlperiode als Beisitzer des Gewerbegerichtes fungiert hat;
4. wenn er nicht im Sprengel des Gewerbegerichtes wohnt.

Über die Zulässigkeit der Ablehnung entscheidet der Gerichtshof, in dessen Sprengel der Sitz des Gewerbegerichtes ist, endgültig.

§ 10.

Die Verfassung der Wählerlisten für die beiden Wahlkörper obliegt der Gemeinde, in welcher das Gewerbegericht seinen Sitz hat; erstreckt sich dessen Sprengel über mehrere Gemeinden, so hat jede dieser Gemeinden die Wählerlisten der Gemeinde mitzuteilen, in welcher das Gewerbegericht seinen Sitz hat. Über Reklamationen in betreff der Wahlberechtigung oder Wählbarkeit entscheidet die Gewerbebehörde; über Beschwerden gegen die Entscheidung der Gewerbebehörde wird endgültig von der Landesstelle entschieden.

Der Wahllakt wird von einem Beamten der Gewerbebehörde geleitet. Die Wahl erfolgt durch die persönliche Abgabe eines Stimmzettels. Gewählt ist derjenige, welcher die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet das Los.

Wenn mehr Personen, als zu wählen waren, die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt haben, gelten jene als gewählt, welche die größere Stimmenzahl erhalten haben. Ist eine absolute

Majorität durch die erste Abgabe der Stimmen nicht erzielt worden, so ist unter denjenigen Personen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind, eine engere Wahl zu veranlassen. In die engere Wahl ist die doppelte Zahl der noch zu wählenden Mitglieder einzu beziehen.

Die näheren Bestimmungen über die Vornahme der Wahl, die einzuhaltenden Fristen, die Richtigstellung der Wählerlisten, über die Prüfung der Wahlergebnisse werden durch Verordnung erlassen. Wenn sich die Zuständigkeit des Gewerbegerichtes nach Zulässigkeit des § 3 auf verschiedenartige Kategorien großer oder kleiner Betriebe erstreckt, kann bestimmt werden, daß die Wahl nach gewissen Gruppen von Betrieben vorgenommen werde, damit Beisitzer aus den verschiedenartigen im Sprengel des Gewerbegerichtes vorkommenden Betrieben gewählt werden.

§ 11.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichtes sowie seine Stellvertreter üben das Amt unter ihrem Richtereide aus.

Dem Vorsitzenden steht die Leitung, und Einteilung der Geschäfte des Gewerbegerichtes zu.

Das Aufsichtsrecht über den Vorsitzenden des Gewerbegerichtes und seinen Stellvertreter übt der Präsident jenes Gerichtshofes erster Instanz aus, in dessen Sprengel das Gewerbegericht seinen Sitz hat.

Die Beisitzer und Ersatzmänner haben vor dem Antritte ihres Amtes die gewissenhafte und unparteiische Ausübung ihres Amtes eidlich anzugeloben. Diese Angelobung nimmt der Vorsitzende des Gewerbegerichtes entgegen.

§ 12.

Name und Wohnort sämtlicher Mitglieder des Gewerbegerichtes werden öffentlich kundgemacht.

§ 13.

Die Beisitzer sowie die Ersatzmänner haben Anspruch auf Ersatz der angemessenen baren Auslagen und erhalten überdies für ihre jedesmalige Funktion eine Entschädigung, deren Höhe im Verordnungswege festgesetzt wird.

§ 14.

Die Beisitzer und ihre Ersatzmänner werden auf vier Jahre gewählt. Nach je zwei Jahren hat die Hälfte der Beisitzer und Ersatzmänner, und zwar eine gleiche Anzahl aus beiden Wahlkörpern auszuscheiden. Für die auf diese Weise Ausgeschiedenen hat eine Ersatzwahl stattzufinden. Eine solche Wahl ist ferner für den Rest der laufenden Wahlperiode vorzunehmen, wenn sonst wegen des Ausscheidens einer größeren Anzahl von Beisitzern und Ersatzmännern nach Ermessen des

Gerichtshofes erster Instanz zur Sicherung der regelmäßigen Tätigkeit des Gewerbegerichtes eine Ersatzwahl notwendig erscheint.

Nach den ersten zwei Jahren der Wirksamkeit eines Gewerbegerichtes scheiden die Gewählten zufolge Auslosung aus.

§ 15.

Kommt die Wahl der Beisitzer in einem Wahlkörper aus was immer für einem Grunde nach zweimaliger Ausschreibung und Einleitung der Wahl nicht zustande, so hat die politische Behörde die Wählerverzeichnisse des betreffenden Wahlkörpers an den Gerichtshof erster Instanz zu leiten und zugleich jene Personen in denselben zu bezeichnen, welche sie für die Fähigsten und Würdigsten hält, das Amt eines Beisitzers zu bekleiden.

Der Gerichtshof erster Instanz stellt aus diesen Wählerlisten nach eigenem Ermessen ein Verzeichnis von zu dem Amte eines Beisitzers geeigneten Personen zusammen, welches dreimal so viele Namen zu enthalten hat, als Beisitzer zu bestellen sind, und aus welchem die nötige Zahl der Beisitzer für die laufende Wahlperiode durch das Los zu bestimmen ist.

§ 16.

Beisitzer, welche sich ohne genügende Entschuldigung zu den Sitzungen nicht oder nicht rechtzeitig einfinden oder sich ihren Amtspflichten in anderer Weise entziehen, sind vom Vorsitzenden zu einer Ordnungsstrafe bis zu 400 K für jeden Fall sowie in den Ersatz der verursachten Kosten zu verurteilen. Erfolgt nachträglich genügende Entschuldigung, so kann die Verurteilung ganz oder teilweise vom Vorsitzenden zurückgenommen werden.

Gegen die Verhängung der Ordnungsstrafe ist binnen 14 Tagen ein Rekurs an den Gerichtshof erster Instanz, welcher endgültig entscheidet, zulässig.

Für die Eintreibung und Verwendung der Strafbeträge sowie für deren etwaige Umwandlung haben die Vorschriften der Justizministerialverordnung vom 5. November 1852, R. G. Bl. Nr. 227, zu gelten. Die Umwandlung der Strafe hat der Gerichtshof erster Instanz auszusprechen.

§ 17.

Der Gerichtshof erster Instanz hat einen Beisitzer oder Ersatzmann seines Amtes zu entheben:

- a) wenn hinsichtlich desselben Umstände eintreten oder bekannt werden, welche seine Wählbarkeit ausschließen würden (§ 9, Absatz 2);
- b) wenn er sich einer groben Verletzung seiner Amtspflichten schuldig macht und insbesondere trotz mehrmaliger Verhängung einer Ordnungsstrafe von den Sitzungen des Gewerbegerichtes fernbleibt.

Der Ausspruch des Gerichtshofes hat auch die Bestimmung jener Zeit zu enthalten, während welcher der von seinem Amt Enthobene nicht wieder wählbar ist. Gegen die Entscheidung des Gerichtshofes steht der Rekurs an das Oberlandesgericht innerhalb einer Frist von 14 Tagen offen.

§ 18.

Die Mitglieder des Gewerbegerichtes sind verpflichtet, sich der Mitwirkung an der Rechtsprechung zu enthalten:

1. in Streitsachen, in welchen sie selbst Partei sind oder in Ansehung deren sie zu einer der Parteien in dem Verhältnis eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Regreßpflichtigen stehen;

2. in Sachen ihrer Ehefrauen oder solcher Personen, welche mit ihnen in gerader Linie verwandt oder verschwägert sind oder mit welchen sie in der Seitenlinie bis zum vierten Grad verwandt oder im zweiten Grad verschwägert sind, mag diese Verwandtschaft oder Schwägerschaft auf eheliche oder uneheliche Geburt zurückzuführen sein;

3. in Sachen ihrer Wahl- oder Pflegeeltern, Wahl- oder Pflegekinder, ihrer Mündel und Pflegebefohlenen;

4. in Sachen, in welchen sie als Bevollmächtigte einer Partei bestellt waren oder noch bestellt sind;

5. wenn sie mit einer der Parteien ein Arbeits-, Lehr- oder Lohnverhältnis abgeschlossen haben, so lange dieses nicht gelöst ist;

6. in Sachen, in welchem sie bei einem untergeordneten Gericht an der Erlassung des angefochtenen Urteiles oder Beschlusses teilgenommen haben.

§ 19.

Die Mitglieder des Gewerbegerichtes können von den Parteien außerdem abgelehnt werden, wenn sonst Gründe vorliegen, welche gegen ihre Unbefangenheit oder Unparteilichkeit Bedenken zu erwecken geeignet sind. Diese Ablehnung kann nur erfolgen, solange sich die Parteien nicht in die Verhandlung der Streitsache eingelassen haben, es sei denn, daß die Gründe der Ablehnung erst nach dem Beginn der Verhandlung zutage getreten sind. Erkennt das abgelehnte Mitglied den Ablehnungsgrund nicht an, so entscheidet über den Antrag auf Ablehnung, wenn einer der Beisitzer abgelehnt wurde, der Vorsitzende, wurde der Vorsitzende selbst abgelehnt, so entscheidet der Vorsteher des Gewerbegerichtes, wurde dieser abgelehnt, der Präsident des übergeordneten Landes- oder Kreisgerichtes, wurde einer der Richter des Berufungssenates abgelehnt, der Präsident dieses Gerichtshofes, wurde dieser selbst abgelehnt, der Präsident des Oberlandesgerichtes. Alle diese Entscheidungen sind endgültig.

§ 20.

Das Gewerbegericht verhandelt und entscheidet in Senaten, die aus dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter und zwei Beisitzern bestehen, von denen der eine ein Unternehmer (Beamter staatlicher Betriebe, Beamter einer Transport- oder Fabrikunternehmung), der andere ein Arbeiter sein muß.

Im Verordnungswege wird bestimmt, nach welchen Grundsätzen der Vorsitzende die einzelnen Beisitzer und ihre Ersatzmänner zu den Sitzungen heranzuziehen hat.

Es kann ein Gewerbegericht nach den verschiedenartigen Gewerbszweigen oder nach den Kategorien verwandter Gewerbszweige in mehrere ständige Abteilungen eingeteilt werden.

§ 21.

Falls die sachliche Zuständigkeit eines Gewerbegerichtes sich auf Streitigkeiten bezieht, in denen als eine der Parteien in Betracht kommen:

1. Angestellte, die vorwiegend zu kaufmännischen Diensten verwendet werden;

2. Angestellte, die vermöge der Eigenschaft des Unternehmens, in dem sie beschäftigt sind, oder vermöge der Art ihrer Beschäftigung den Vorschriften der Gewerbeordnung nicht unterliegen;

3. Angestellte und Arbeiter des Verkehrsdienstes von Eisenbahn- und Schiffsverkehrsunternehmungen;

4. Angestellte und Arbeiter von Bergbauunternehmungen auf vorbehaltene Mineralien, so sind für diese Streitigkeiten besondere Abteilungen des Gewerbegerichtes zu bilden, wobei die unter 1. und 2. angeführten Kategorien auch in eine Abteilung zusammengefaßt werden können. Für diese Abteilungen hat die Wahl der Beisitzer getrennt von den anderen Wahlen in besonderen Wahlkörpern zu geschehen.

II. Verfahren.

§ 22.

Auf das Verfahren von Gewerbegerichten finden, soweit nicht im nachstehenden besondere Bestimmungen getroffen sind, die für das bezirksgerichtliche Verfahren in Bagatellsachen geltenden Vorschriften der Zivilprozeßordnung Anwendung.

§ 23.

Zur Verhandlung und Entscheidung der im § 4 bezeichneten Streitigkeiten ist mit Ausschluß aller anderen Gerichtsstände nach Wahl des Klägers dasjenige Gewerbegericht zuständig, in dessen Sprengel

sich die Betriebsstätte oder der Standort des Unternehmens oder der Beschäftigung befindet oder die Arbeit zu leisten oder der Lohn auszuzahlen ist. Das Gewerbegericht hat seine Zuständigkeit von Amts wegen wahrzunehmen.

§ 24.

Wurde die sachliche Zuständigkeit eines Gewerbegerichtes von einem ordentlichen Gerichte rechtskräftig ausgesprochen, so ist die Entscheidung für das örtlich zuständige Gewerbegericht bindend, bei dem die Rechtsache in der Folge anhängig wird. Hat ein Gewerbegericht die sachliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte rechtskräftig ausgesprochen, so sind diese an die Entscheidung des Gewerbegerichtes gebunden.

§ 25.

Die Parteien können sich durch Angehörige, Geschäftsführer oder Angestellte, insbesondere durch Berufsgenossen oder Angestellte ihrer Berufsorganisationen als Bevollmächtigte vertreten lassen. Ist nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung für Minderjährige eine Vertretung bei Gericht notwendig, so hat der Vorsitzende schon bei Erledigung der Klage oder dann, wenn die Prozeßunfähigkeit der Partei zutage tritt, aus dem Kreise der Beisitzer desjenigen Wahlkörpers, dem der Minderjährige vermöge seiner Berufsstellung angehört, einen Vertreter für den Rechtsstreit zu bestellen. Dessen Vertretungsbesugnis dauert so lange, als nicht der gesetzliche Vertreter des Minderjährigen erklärt, in den Prozeß eintreten zu wollen. Eine Ermächtigung der Vertreter des Minderjährigen zur Prozeßführung durch das Vormundschaftsgericht ist nicht notwendig.

In Streisachen über 1000 K können die Parteien durch Advokaten vertreten sein.

§ 26.

Die mündliche Streitverhandlung ist in der Regel auf einen der nächsten drei Tage nach Überreichung der Klage anzuordnen. Die Anordnung einer ersten Tagssatzung hat zu unterbleiben.

§ 27.

Das Gewerbegericht hat nach Maßgabe des Bedürfnisses bestimmte Tage und Stunden festzusetzen und bekannt zu machen, an welchen der Kläger mit der Gegenpartei auch ohne Vorladung erscheinen kann, um eine Rechtsache anhängig zu machen und darüber zu verhandeln.

§ 28.

Bei der vor dem Gewerbegericht stattfindenden Verhandlung haben die Beisitzer das Recht, an Parteien, Zeugen und Sachverständige Fragen zu richten.

§ 29.

In Streitfachen bis zu 50 K entscheidet das Gewerbegericht endgültig. Gegen das Urteil ist lediglich die Berufung aus Nichtigkeitsgründen (§ 477 B. P. O.) zulässig. Über diese ist vom Gerichtshof erster Instanz, in dessen Sprengel das Gewerbegericht seinen Sitz hat, zu entscheiden. Die Verhandlung und Entscheidung hat nach den für das Berufungsverfahren der Gerichtshöfe erster Instanz in der Zivilprozeßordnung erlassenen Vorschriften stattzufinden. Eine Vertretung durch Advokaten ist nicht geboten.

§ 30.

In Streitfachen über höhere Beträge kann die Entscheidung des Gewerbegerichtes mittels der Berufung angefochten werden. Die Berufung ist vor dem Gewerbegericht binnen der unersprechbaren Frist von acht Tagen nach Zustellung der schriftlichen Ausfertigung des Urteiles, wenn aber beide Parteien anwesend waren, binnen acht Tagen nach Verkündigung des Urteiles zu Protokoll zu erklären oder schriftlich einzubringen. Über die Berufung entscheidet der im § 29 bezeichnete Gerichtshof endgültig.

Vor dem Berufungsgerichte wird die Streitfache in den durch die Anträge bestimmten Grenzen von neuem verhandelt. Auf das Verfahren vor dem Berufungsgericht finden die Bestimmungen Anwendung, welche in der Zivilprozeßordnung für das Verfahren vor dem Gerichtshof erster Instanz als Prozeßgericht gegeben sind mit der Abweichung, daß dem Parteienvortrag ein Referat über die Ergebnisse der bisherigen Verhandlung durch ein Mitglied des Senates vorausgeht, daß ein Wechsel vorbereitender Schriftsätze nicht stattfindet und eine Vertretung der Parteien durch Advokaten nicht geboten ist.

Der Gerichtshof entscheidet über diese Berufung unter Beiziehung von zwei gewerblichen Beisitzern. Nach welchen Grundsätzen dieselben zu den Sitzungen heranzuziehen sind, wird im Verordnungswege bestimmt.

§ 31.

Insofern im Verfahren vor Gewerbegerichten ein Rekurs zulässig ist, geht derselbe an den im § 29 bezeichneten Gerichtshof. Das Verfahren richtet sich nach den bezüglichlichen Bestimmungen der Zivilprozeßordnung.

§ 32.

In Streitigkeiten mit einem Wert des Streitgegenstandes, der den Betrag von 1000 K übersteigt, finden die Bestimmungen der §§ 63 bis 73 B. P. O. über das Armenrecht auf das Verfahren vor den Gewerbegerichten sinngemäße Anwendung und haben die Parteien das Recht zu begehren, daß für sie zur vorläufigen unentgeltlichen Wahrung ihrer Rechte ein Advokat bestellt werde.

§ 33.

Der in der Klage angegebene Wert des Streitgegenstandes bleibt für das gesamte übrige Verfahren maßgebend.

§ 34.

In den Urteilen im gewerbegerichtlichen Verfahren ist die Frist zur Leistung mit acht Tagen festzusetzen.

§ 35.

Auf Grund rechtskräftiger Urteile des Gewerbegerichtes sowie auf Grund der vor demselben geschlossenen Vergleiche findet Exekution statt. Die Bewilligung der Exekution erfolgt durch dasjenige Gewerbegericht, das in der Sache in erster Instanz verhandelt hat, wobei die Bestimmungen der Exekutionsordnung anzuwenden sind.

§ 36.

Eingaben an das Gewerbegericht, Ausfertigungen desselben, aufgenommene Protokolle, die Vollmachten der Vertreter, abgeschlossene Vergleiche sowie die Urteile sind stempel- und gebührenfrei.

III. Die Gewerbegerichte als gerichtliche Instanzen gegenüber den gewerblichen Schiedsgerichten.

§ 37.

Entscheidungen der schiedsgerichtlichen Ausschüsse der Genossenschaften (§§ 122, 123 G. D.) in Streitigkeiten, welche zur sachlichen Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehören, können nach Beginn der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes nur mehr vor dem Gewerbegerichte angefochten werden, wenn sich die Genossenschaft im Sprengel eines Gewerbegerichtes befindet.

IV. Gutachten und Anträge des Gewerbegerichtes.

§ 38.

Das Gewerbegericht ist verpflichtet, auf Ansuchen der Landesbehörden Gutachten über gewerbliche Fragen zu erstatten. Zur Vorbereitung oder Abgabe solcher Gutachten können besondere Ausschüsse aus der Mitte des Gewerbegerichtes gebildet werden.

Diese Ausschüsse müssen, sofern es sich um Fragen handelt, die die Interessen von Unternehmern und Arbeitern berühren, zu gleichen Teilen aus Mitgliedern beider Kategorien zusammengesetzt sein. Sie tagen unter der Leitung des Vorsitzenden des Gewerbegerichtes.

Das Gewerbegericht ist berechtigt, in gewerblichen Fragen, welche die seiner Gerichtsbarkeit unterstehenden Betriebe berühren, Anträge an die Landesbehörde zu richten.

V. Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnis.

§ 39.

Die im § 4 genannten Streitigkeiten gehören von dem Tage, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt, soweit nicht ein Gewerbegericht zuständig ist, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zur sachlichen Zuständigkeit der Bezirksgerichte.

§ 40.

Durch dieses Gesetz bleiben unberührt die Vorschriften über die Schiedsgerichte der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten (§ 38 des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1888, § 39 des Gesetzes vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, und Ministerialverordnung vom 10. April 1889, R. G. Bl. Nr. 47), der Krankenkassen (§ 41 des Gesetzes vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33) und der Bruderladen (§§ 19 und 20 des Gesetzes vom 17. Jänner 1890, R. G. Bl. Nr. 14, beziehungsweise des Gesetzes vom 17. September 1892, R. G. Bl. Nr. 178).

VI. Übergangs- und Vollzugsvorschriften.

§ 41.

Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Juli 1910 in Kraft. Alle an diesem Tage noch anhängigen Streitfachen werden nach den bisher hierfür geltenden Vorschriften erledigt.

§ 42.

Mit dem Tage, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt, verlieren alle anderen gesetzlichen Vorschriften über Gegenstände, die durch das gegenwärtige Gesetz geregelt werden, ihre Wirksamkeit.

§ 43.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist Mein Justizminister im Einvernehmen mit den Ministern der Finanzen, des Innern und des Handels beauftragt.

Erläuternde Bemerkungen.

Mehr als zehn Jahre steht das Gesetz, mit dem Gewerbegerichte geschaffen wurden, in Wirksamkeit. Dieser Zeitraum hat genügt, um seine Fehler und Mängel aufzudecken. Es wurde im Zusammenhang mit der Zivilprozeßordnung geschaffen. Es entsprang der Initiative des Abgeordnetenhauses. Aber es lobt seine Väter nicht, die nicht mit vollem Herzen bei seiner Erzeugung dabei waren.

Alle die Halbheiten, Fehler, Mißgriffe und Flüchtigkeiten, von denen das Gesetz wimmelt, haben einen solchen Dunstkreis von Mißtrauen um dasselbe gewoben, daß eine Reform, eine gründliche Umarbeitung notwendig ist, soll nicht die nützliche und zweckmäßige Einrichtung der Gewerbegerichte dauernd und unheilbar in Mißkredit geraten.

Der Wirkungskreis des Gesetzes ist zu enge gefaßt. Seine Beschränkung auf die der Gewerbeordnung unterstehenden Unternehmungen hatte eine solche Masse unentwirrbarer Kompetenzstreitigkeiten gezeitigt, daß für viele Kategorien von Arbeitern und namentlich von Angestellten ein Prozeß ohne einen vorangehenden Streit über die Zuständigkeit der Gerichte nicht zu führen ist. Dies gilt nicht nur für die Frage, welche Personen dem Gerichte unterstehen, sondern auch für die Frage, welche Ansprüche bei den Gewerbegerichten, welche bei den ordentlichen Gerichten ausgetragen werden sollen.

Dadurch, daß man die Errichtung der Gerichte an ein Gutachten der Landtage band, hat man die Durchführung des Gesetzes unmöglich gemacht, so daß nach zehnjähriger Wirksamkeit 19 Gerichte, sehr viele erst seit wenigen Jahren, fungieren.

Die Beteiligung des Laienelementes an der Rechtsprechung sollte das charakteristische Merkmal des gewerbegerichtlichen Verfahrens werden. Mit der Vorschrift, daß die erste Tagssagung ohne die Beisitzer vorgenommen werden kann und tatsächlich vorgenommen wurde, hat man dem Berufsrichter, gewöhnlich einem mit der Materie unvertrauten Berufsrichter, der noch dazu in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle unkontrolliert von einer zweiten Instanz seines Amtes waltet, die entscheidende Gewalt in der Rechtsprechung gegeben. Tatsächlich werden heute die übergroße Mehrzahl der beim Gewerbegericht anhängigen Fälle ohne Beteiligung der Beisitzer erledigt.

Schließlich aber hat man vergessen, daß die besonderen österreichischen Verhältnisse auch besondere Vorkehrungen in der Auswahl und Heranziehung der Beisitzer notwendig machen. Durch die Beschränkung der passiven Wählbarkeit auf das 30. Lebensjahr und auf Personen, die noch im Berufe stehen, hat man eine Reihe der intelligentesten und zur Ausübung des Laienrichteramtes fähigsten Personen ohne jeden Grund ausgeschlossen und damit das Prinzip der Teilnahme der Laien an der Rechtsprechung selbst diskreditiert.

Dennoch ist der Gedanke, der dem Gewerbegerichtsgesetz zugrunde liegt, ein ernster und guter. Auf keinem anderen Gebiet bedarf die Rechtsprechung so sehr der Teilnahme der mitten im Getriebe der täglichen Arbeit stehenden Interessenten als gerade bei der Entscheidung von Lohnstreitigkeiten.

Nirgends sonstwo sind die Parteien, Arbeiter wie Unternehmer, so sehr geneigt, Mißtrauen gegen den Berufsrichter zu hegen, nirgends sonstwo ist das Amt des Berufsrichters ein so schwieriges, ist er gezwungen, nicht nur Richter über die vorliegende Streitfache, sondern auch Schiedsrichter zwischen den Interessen zweier kämpfenden Klassen zu sein. Deshalb muß der Grundgedanke des geltenden Gesetzes, die Heranziehung der Interessenten zur Rechtsprechung, auch bei einer Reform des Gesetzes erhalten bleiben. Ihn auszubauen, seine Durchsetzung für alle Arten des Arbeitsvertrages und für alle Arten von Arbeitern möglich zu machen, das ist die Aufgabe, die der vorliegende Entwurf lösen soll.

I. Errichtung, Wirkungskreis und Zusammensetzung.

Zu § 1: Das geltende Gesetz beschränkt die sachliche Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Unternehmungen, auf welche die Gewerbeordnung Anwendung findet, sowie auf die Unternehmungen, die im Rundmachungspatent der Gewerbeordnung im Artikel V, lit. e, und Artikel VIII bezeichnet sind und nimmt die in den Betrieben der Militärverwaltung beschäftigten Arbeiter von seiner Wirksamkeit ausdrücklich aus. Damit schuf das Gesetz von vorneherein eine Halbsheit. Wenn das Prinzip des gewerbegerichtlichen Verfahrens für diese Kategorien von Arbeitern gut ist, dann ist nicht einzusehen, warum auch nicht alle übrigen Arbeiterkategorien der Teilnahme an der Rechtsprechung teilhaftig werden sollen. Allerdings ist die Grundlage einer Ausdehnung der gewerbegerichtlichen Zuständigkeit auf alle Arbeiterkategorien bei der Mannigfaltigkeit der gesetzlichen Regelung des Arbeitsvertrages in Österreich schwer zu finden. Bei einer Aufzählung der einzelnen Kategorien kann leicht wie bei jeder Kasuistik ein Versehen unterlaufen. Es empfiehlt sich daher, unter Anlehnung an die bestehenden Verhältnisse den Rahmen möglichst weit zu spannen. Diesen weiten Rahmen, der so ziemlich alle Kategorien von Arbeitern, die für das Verfahren bei den Gewerbegerichten in Betracht kommen, umfaßt, bildet die Krankenversicherung. Deshalb wird die Krankenversicherung als das entscheidende Merkmal dafür, ob die Kompetenz des Gerichtes gegeben ist, dem Entwurf zugrunde gelegt. Da das Gesetz vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, einzelne Kategorien von Arbeitern von der Versicherungspflicht ausnimmt, so werden auch die ausgenommenen Personen, da die Krankenversicherungspflicht der Bergarbeiter in einem besonderen Gesetz geregelt wird, wird auch dieses Gesetz zur Grundlage der gewerbegerichtlichen Zuständigkeit gemacht. Um schließlich alle Zweifel auszuschließen, werden auch die einer öffentlichen Körperschaft unterstehenden Betriebe der Zuständigkeit der Gewerbegerichte unterworfen. Damit wird der Kreis der gewerbegerichtlichen Tätigkeit so weit gespannt, daß kaum eine Kategorie von Arbeitern, für die Gewerbegerichte überhaupt organisiert werden können, ausgelassen ist. Überdies wird ein für die Entscheidung der Zuständigkeitsfrage so leicht feststellbares Kriterium geschaffen, daß sie dem Gerichte große Schwierigkeiten nicht bereiten kann.

Zu § 2: Die Errichtung der Gewerbegerichte scheiterte bis jetzt außer an einem nicht abzuleugnenden Übelwollen der Justizverwaltung vor allem an dem Umstand, daß die Errichtung von der Erstattung eines Gutachtens der Landtage abhängig gemacht war. Deshalb bestehen heute nur 19 Gewerbegerichte. Ihre Errichtung entsprang nicht örtlichen Bedürfnissen, sondern Zufälligkeiten. Den besten Beweis hierfür bilden die Schwesterstädte Biellitz-Biala, die nur zufällig getrennt sind. In Biellitz besteht ein Gewerbegericht. In Biala, das industriell wie sozial dieselbe Zusammensetzung der Bevölkerung hat, besteht keines, weil jeder dieser Orte einem anderen Landtag untersteht. Der Widerstand der Landtage gegen die Gewerbegerichte aber erklärt sich einfach aus dem Umstand, daß dort die Interessen der Arbeiter wie der Industriellen nicht vertreten sind und die Gemeinden, die durch die Gewerbegerichte finanziell belastet werden, in dem Landtag ihren Einfluß geltend machten.

Es ist daher notwendig, die Errichtung von Gewerbegerichten an bestimmte Grundsätze zu binden. Deshalb wird vorgeschlagen, Gewerbegerichte außer an den Orten, wo sie heute bereits bestehen, am Sitze jedes Landes- oder Kreisgerichtes sowie am Sitze jener Bezirksgerichte zu errichten, in deren Sprengel bei der letzten Volkszählung mindestens 5000 Hilfsarbeiter wohnen. Mit Rücksicht auf die Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte dürfte diese Zahl den Bedürfnissen entsprechen.

Zu § 3: Da die Tendenz des Entwurfes auf eine Erweiterung und Festigung der gewerbegerichtlichen Kompetenz hinausläuft, so war in dem § 3 auch eine Bestimmung aufzunehmen, wonach im Zweifel die Kompetenz des Gewerbegerichtes anzunehmen sei.

Zu § 4: Hier sind im geltenden Gesetz die Gegenstände aufgezählt, die den Inhalt einer beim Gewerbegericht anzubringenden Klage enthielten. Das Gesetz gibt nicht eine allgemeine Formel, sondern begnügt sich mit einer ausgedehnten Aufzählung. Wie jede Aufzählung hat auch diese Lücken und läßt Zweifel offen. Die Praxis hat gewisse Arten von Klagen hervorgerufen, von denen es ungewiß ist, ob über sie vor dem Gewerbegericht oder vor dem ordentlichen Gericht entschieden werden soll. Bei diesen Klagen handelt es sich oft um sehr wichtige prinzipielle Fragen. Wir führen von diesen Ansprüchen an: den Schadenersatzanspruch aus der Aufnahme eines Arbeiters in eine „schwarze“ Liste, den Ersatzanspruch wegen Erteilung einer unrichtigen oder unverlangten Auskunft, alle Ersatzansprüche wegen Vernachlässigung der Bestimmungen des § 74 G. D., der die Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter enthält, Ersatzansprüche wegen Unterlassung der Anmeldung bei einer Krankenkasse oder der Anzeige eines Unfalls. Das geltende Gesetz spricht nämlich nur von Streitigkeiten „aus“ dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnis, ohne auszusprechen, ob das Wort „aus“ sich auf die Erfüllung einer vertragmäßigen oder auch einer gesetzlichen Pflicht bezieht. Es empfiehlt sich die Aufzählung der einzelnen Fälle bei der Mannigfaltigkeit

der Arbeitsstreitigkeiten überhaupt nicht. Eine allgemeine Formel im Zusammenhang mit der gesetzlichen Vermutung der gewerbegerichtlichen Kompetenz, die für die Entscheidung eine Richtschnur gibt, wird den Bedürfnissen der Praxis besser entsprechen als der gegenwärtige Zustand. Diese allgemeine Formel dürfte am besten darin gefunden werden, daß man den Inhalt des Begehrens sämtlicher gewerbegerichtlicher Klagen auf eine einheitliche Formel zurückführt. Nun ist der Inhalt jeder Klage auf die Erfüllung oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung eines Vertrages zurückzuführen. Dazu kommen dann noch die Schadenersatzklagen wegen Übertretung einer gesetzlichen Vorschrift. Beim Arbeitsverhältnis erscheinen die im Gesetz vorgeschriebenen Verpflichtungen beider Teile als eine gesetzliche Regelung des Inhaltes des Arbeitsvertrages. Wenn daher der Kreis der vor das Gewerbegericht gehörigen Streitigkeiten damit umschrieben wird, daß das Klagebegehren auf die Erfüllung oder auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung einer aus dem Arbeits-, Lehr- oder Lohnverhältnis entspringenden gesetz- oder vertragsmäßigen Pflicht oder auf Feststellung des Bestandes oder Nichtbestandes einer solchen Verpflichtung umschrieben wird, so kann ein Zweifel über die vor das Gewerbegericht gehörigen Streitigkeiten um so weniger entstehen, da von einer aus dem Verhältnis entspringenden, also auch von einer solchen Verpflichtung die Rede ist, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Arbeitsvertrag steht.

Zu § 5: Wie § 4 über den Streitgegenstand, so löste die gegenwärtige Fassung des § 5 über die Personen, die der gewerbegerichtlichen Kompetenz unterstehen, die mannigfaltigsten Streitigkeiten aus. Die Definition der Gewerbeordnung über den Begriff des Hilfsarbeiters, der von dem Tagelöhner ebenso abgegrenzt wird wie von dem „höheren“ Angestellten, ist schon für dieses Gesetz unanwendbar. Durch die Übernahme dieser Definition in das Gewerbegerichtsgesetz, die Aufnahme eines Teiles der höheren Angestellten, der Werkmeister und Werkführer, in die gewerbegerichtliche Kompetenz, des Ausschlusses der anderen höheren Angestellten, schließlich durch die Teilung der Handlungsgehilfen in solche, welche in Handelsgewerben beschäftigt sind, von den übrigen, wurde ein Zustand geschaffen, der für die Praxis unerträglich ist und die Wohltat der Raschheit des gewerbegerichtlichen Verfahrens wettmacht durch die Plage von Kompetenzstreitigkeiten, die dem kleinsten Begehren regelmäßig vorausgehen müssen, weil die Kompetenz des Gewerbegerichtes von Amts wegen gewahrt werden muß. Dieser Zustand wurde in letzterer Zeit noch weiter verschärft durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, die eine Zweiteilung der in Produktionsgewerken beschäftigten Handelsangestellten vornahm und diejenigen, welche zu untergeordneten Diensten verwendet werden, als Hilfsarbeiter ansieht, die nach Alinea b des § 5 der gewerbegerichtlichen Kompetenz unterstehen. Eine Unterscheidung, was unter höheren und unter untergeordneten Diensten zu verstehen sei, ist aber gerade bei den in Produktionsgewerken beschäftigten Handlungsgehilfen schwer zu machen, da der Umfang des Betriebes noch keine derartig weitgehende Arbeitsteilung notwendig macht. Es kommt sehr häufig vor, daß ein Verkäufer, der die Kommissionen der Reisenden effektuiert, gleichzeitig gewisse Teile des Warenlagers in Ordnung zu halten hat, daß ein Magazineur, der die Expedition zu besorgen hat, das Magazin aufräumen und reinigen muß. So fließen über- und untergeordnete Dienste in einer Person zusammen. Neben die amtliche Untersuchung, ob der Unternehmer ein Produktions- oder ein Handelsgewerbe betreibt, tritt nun noch die Untersuchung, welche Funktion dem Angestellten obliegt. Alle diese Zwischenstreitigkeiten rauben Zeit. Wenn sie beim ordentlichen Gerichte geführt und gegen den Angestellten geführt werden, können die gegen diesen erwachsenen Kosten den Anspruch des Angestellten kompensieren. Dieselben Schwierigkeiten ergeben sich bei der Unterscheidung der „Unteroffiziere“ der Industrie, der Werkmeister, Werkführer und jener Teile der höheren Angestellten, die ähnliche Funktionen ausüben. Auch hier wechseln die Bezeichnungen und die Funktionen der Personen von Betrieb zu Betrieb je nach dem Umfang, der Methode oder dem Grade der Arbeitsteilung des einzelnen Betriebes. Einen praktischen Zweck haben alle diese Unterscheidungen nicht. Der Motivenbericht des geltenden Gesetzes spricht ja direkt gegen eine derartige Zerteilung der Arbeiterschaft. Die Rechtsprechung hat sich über den Willen des Gesetzgebers hinweggesetzt. Die Fassung des § 5 ist es hauptsächlich, die eine so schwere Schädigung des gewerblichen Verfahrens hervorgerufen hat. Ist es doch vorgekommen, daß eine Klage eines kaufmännisch Angestellten vor den ordentlichen Gerichten bis in die dritte Instanz geführt wurde und daß erst diese das ganze Verfahren aufhob und an das Gewerbegericht wies, so daß ein einfacher Anspruch auf Bezahlung von Kündigungsentschädigung von fünf Gerichten durchgefochten wurde und der Kläger, dem ein Teil seines Anspruches zugesprochen wurde, mit einer namhaften Kostenverpflichtung belastet aus dem Prozeß hervorging, in dem er gesiegt hatte.

Da die Zerteilung der Arbeiterschaft keinerlei praktischem Bedürfnis entspringt, so empfiehlt der Entwurf die Unterstellung sämtlicher Arbeiter und Angestellten welcher Kategorie immer unter die gewerbegerichtliche Zuständigkeit.

Zu § 6: Die Belastung der Gemeinden mit dem sachlichen Aufwand für die Gewerbegerichte drückt ihr Ansehen herab, erwirbt ihnen unbegründete Gegnerschaft und hat eine der Rechtspflege unwürdige Unter-

bringung der Gewerbegerichte zur Folge gehabt. Sie macht die Gewerbegerichte zu Gerichten zweiter Kategorie. Der Entwurf empfiehlt daher, daß der Staat, der für die gesamte Rechtspflege zu sorgen hat, auch für den gesamten sachlichen wie persönlichen Aufwand für die Gewerbegerichte aufzukommen habe.

Zu §§ 7 und 8: Diese Bestimmungen können in der heute geltenden Form in den Entwurf übernommen werden. Sie bedürfen keiner Reform.

Zu § 9: Das geltende Gesetz verlangt für das Amt eines Beisizers die österreichische Staatsbürgerschaft, das männliche Geschlecht, ein Alter von 30 Jahren, die Eigenberechtigung und die aktive Wahlfähigkeit. Von diesen Eigenschaften entspricht das Erfordernis des männlichen Geschlechtes, des Alters von 30 Jahren und die aktive Wahlfähigkeit nicht den Bedürfnissen der Praxis.

Bei den Beisizern kommt nach dem Willen des Gesetzes vor allem ihre Sachkenntnis, die Kenntnis des Gewerbes und der persönlichen Verhältnisse in Betracht. Für die juristische Fassung der Urteile hat der Berufsrichter zu sorgen. Unter diesen Umständen erscheint der Ausschluß weiblicher Personen vom Amt eines Beisizers als ein schwerer Fehler, weil gerade weibliche Parteien bei der Rechtsprechung einer Vertretung ihrer Interessen im Senate entbehren. Für den Ausschluß von Frauen vom Amt eines Beisizers spricht kein Umstand, gegen den Ausschluß sprechen die Bedürfnisse der Praxis. Der Entwurf läßt daher auch weibliche Personen zum Amt eines Beisizers zu. Die Beschränkung der Wählbarkeit auf ein Alter von 30 Jahren schließt junge und energische Personen von dem Amt eines Beisizers aus. Da die meisten Arbeiter schon mit der Beendigung der Lehrzeit das Gewerbe praktisch erlernt haben, dann bis zu ihrem 24. Jahre noch durch sechs Jahre es ausüben, so besteht keine Sorge, daß ihnen nicht um diese Zeit schon genügende Gewerbekenntnis zur Verfügung steht. Wenn die Unternehmer vielleicht später als die Arbeiter in die Praxis kommen, so ermöglicht die höhere Bildung, die sie sich aneignen in der Lage sind, ihnen auch eine raschere Aneignung der praktischen Kenntnisse. Es besteht daher kein Bedenken, die passive Wahlfähigkeit schon mit dem 24. Lebensjahr beginnen zu lassen, zumal dadurch der Kreis der Personen, aus dem die Beisizer gewählt werden können, sich wesentlich erweitert.

Das geltende Gesetz bindet schließlich die passive Wahlfähigkeit an die aktive Wahlberechtigung. Allein diese Bestimmung ist nicht nur unnötig, sondern für die Besetzung der Ämter der Beisizer geradezu schädlich. Es schließt alle Personen aus, die aus der Arbeit bereits geschieden sind, denen die nötige Sachkenntnis gewiß nicht mangelt und die vermöge ihres Ausscheidens aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß sich insbesondere infolge ihrer Objektivität als Richter empfehlen würden. Der Entwurf schlägt daher vor, daß auch jene Personen, die in einem der Berufe, die der Gewerbegerichtbarkeit unterliegen, durch zwei Jahre tätig waren, zu dem Amt eines Beisizers gewählt werden können.

Zu §§ 10 bis 12: Die geltenden Bestimmungen dieser Paragraphen bedürfen keiner Reform.

Zu § 13: Das geltende Gesetz gewährt nur den Arbeitern eine Entschädigung für den durch die Ausübung des Amtes entsprechenden Verdienstentgang. Die Ungerechtigkeit dieser Bestimmung hat schon zu einer mit dem Gesetz nicht in Einklang stehenden Verordnung geführt, die kleineren Handwerkmeistern eine Entschädigung gewährte. Die Verordnung steigerte noch die Unannehmlichkeiten der gesetzlichen Bestimmung, weil sie eine Unterscheidung zwischen den Unternehmern hervorrief, die sicher manchen unangenehm war. Der Entwurf empfiehlt daher die Gleichstellung aller Beisizer und die Auszahlung einer Entschädigung für die Ausübung des Amtes.

Zu §§ 14 bis 17: Die geltenden Bestimmungen bedürfen keiner Reform. § 18 des geltenden Gesetzes kann entfallen, sobald die passive Wählbarkeit auch auf Personen ausgedehnt wird, die in der Produktion nicht mehr beschäftigt sind.

Zu §§ 18 und 19: Das geltende Gesetz sieht die Ausschließung und Ablehnung eines Beisizers nur in sehr wenigen Fällen vor und bedarf dringend einer Erweiterung. Ist doch vor dem Wiener Gewerbegericht ein Fall vorgekommen, daß ein Beisizer aus dem Stand der Arbeitnehmer in einer Streitsache zu judizieren gezwungen war, in der sein Chef als Beklagter auftrat, ohne daß man mit dem bestehenden Gesetz dies hindern konnte. Der Entwurf empfiehlt daher die Ausnahme der in der Jurisdiktionsnorm für die Ausschließung und Ablehnung der ordentlichen Richter geltenden Bestimmungen mit der Ergänzung, daß ein Beisizer auch dann vom Richteramt ausgeschlossen sein soll, sobald ein Beisizer mit einer der Parteien ein Arbeits-, Lehr- oder Lohnverhältnis abgeschlossen hat, solange dies nicht gelöst ist.

Zu § 20: Das geltende Gesetz bedarf keiner Reform.

Zu § 21: Die Erweiterung der Zuständigkeit des Gewerbegerichtes bringt mit sich, daß dort nicht mehr nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzes allein, sondern auch nach den übrigen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag wird judiziert werden müssen. Schon das geltende Gesetz

sieht vor, daß die Streitigkeiten der Handelsangestellten vor eigenen Abteilungen der Gewerbegerichte entschieden werden. Dasselbe Prinzip empfiehlt der Entwurf für die höheren Angestellten, die Angestellten und Arbeiter von Eisenbahn- und Schiffsahrtsunternehmungen und die Angestellten und Arbeiter der Bergbauunternehmer. Da die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches für die kaufmännischen Angestellten in gleicher Weise gelten wie für die höheren Angestellten, so empfiehlt es sich, für diese die Möglichkeit der Vereinigung ihrer Abteilungen erforderlichenfalls vorzusehen.

§ 22 bedarf keiner Reform.

Zu § 23: Um weitere Zuständigkeitsstreitigkeiten zu vermeiden, empfiehlt es sich, die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit des Gerichtes der Wahl des Klägers unter den im Gesetze vorgesehenen örtlich zuständigen Gerichten zu überlassen.

§ 24 bedarf keiner Reform.

Zu § 25: Die Vertretung der Parteien vor dem Gewerbegericht hat zu lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben, deren Gegenstand hauptsächlich der Ausschluß der Advokaten bildet. Der Entwurf stellt sich auf die Seite derjenigen, die an dem Ausschluß der Advokaten festhalten. Für die Entscheidung dieser Frage kann lediglich das praktische Bedürfnis der Parteien, die vor dem Gewerbegericht Recht suchen, entscheidend sein. Dieses praktische Bedürfnis spricht nicht für die Zulassung der Advokaten. Ein Parteienvertreter hat zweierlei Funktionen zu erfüllen. Er hat den Prozeßstoff zu sammeln und in geordneter Weise dem Gerichte so vorzuführen, daß die Besonderheiten des Falles klar hervortreten. Er hat dann die juristischen Deduktionen aus den vorgeführten Tatsachen zu ziehen und die Tatsachen in der Beleuchtung zu zeigen, wie sie dem Interesse seiner Partei entsprechen.

Es ist nun kein Zweifel, daß die Parteien vor dem Gewerbegericht, namentlich die Arbeiter und die kleinen Meister, eines sachkundigen Vertreters, namentlich in der Sammlung und Vorführung des Prozeßstoffes bedürfen, da ihnen hierzu gewöhnlich jede Geschicklichkeit und Erfahrung mangelt. Es ist aber ebenso kein Zweifel, daß juristische Erörterungen der Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte deshalb schaden würden, weil eine gute Gewerbegerichtsbarkeit auf den Grundsätzen der Rechtllichkeit und Billigkeit und nicht auf der Auslegung des Gesetzesbuchstabens aufgebaut sein soll. Das Gewerbegericht ist ein Laiengericht, ein Gericht der Sachverständigen, ein schiedsrichterliches Kollegium. Die Buziehung von berufsmäßigen Parteienvertretern würde ihm diesen Charakter benehmen. Mit der Zulassung der Advokaten entsteht aber unauflöslich ein neuer Konflikt, weil dann auch die Kostenfrage auftaucht, deren Lösung ja schon in Bagatellsachen vor den ordentlichen Gerichten Schwierigkeiten bietet und auch hier schon von selbst, wenn auch nicht zum rechtlichen, so doch zum faktischen Advokatenausschluß geführt hat. Der Entwurf sucht nun eine Lösung zwischen dem Bedürfnis der Parteien nach einer sachgemäßen Vertretung und der Notwendigkeit des Advokatenausschlusses dadurch zu finden, daß er die Vertretung der Parteien durch Angestellte der Berufsorganisationen der Parteien für zulässig erklärt. Die Organisationen der Arbeiter wie der Unternehmer sind heute bereits so groß und ausgestaltet, daß man ihnen ohneweiters eine derartige Befugnis einräumen kann. Damit erhalten die Parteien sachverständige Berater, ohne daß dem Gewerbegericht der Charakter eines Laiengerichtes genommen und die Rechtsachen mit Kosten belastet werden. Nur in Streitsachen mit einem Werte des Streitgegenstandes, der 1000 K übersteigt, sieht der Entwurf die Zulassung des Advokaten vor. Hier handelt es sich in der Regel um sehr komplizierte Schadenersatzansprüche, deren Durchführung eigentlich außerhalb des Rahmens des Gewerbegerichtes fällt. Die Sammlung des Stoffes für die Klage, die Gruppierung und Sichtung ist so kompliziert, daß sie einer Protokollarklage einer überlasteten Gerichtskanzlei nicht überlassen werden kann. Bei diesen Klagen fungieren meist auch Ärzte und andere Personen als Sachverständige, denen gegenüber nur eine prozeßgewandte Person das Fragerecht ausüben kann. Es scheint daher hier die Heranziehung von Advokaten zweckmäßig, zumal die Kostenfrage bei diesen großen Ansprüchen keine Rolle spielt.

Einer besonderen Regelung bedarf die Vertretung von Minderjährigen vor dem Gewerbegericht, die das heutige Gesetz ganz schuflos läßt. Namentlich Lehrlinge, die fern von der Heimat, vom Vater, Vormund und Vormundschaftsgericht, in den größeren Städten in der Lehre stehen, haben die größten Schwierigkeiten, ihre Rechte durchzusetzen. Eine Bevollmächtigung durch den Vormund scheitert nicht nur an dem Unverständnis vieler ländlichen Vormünder, sondern auch an der Schwierigkeit, einen geeigneten Vertreter zu finden. Die Einholung der Klagelegitimation durch das Vormundschaftsgericht verzögert die Erledigung der Sache noch weiter.

Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten schlägt der Entwurf daher vor, daß das Gewerbegericht selbst aus dem Stande der Meister für Minderjährige einen Vertreter bestelle, sobald sich die gesetzliche Notwendigkeit schon bei der Aufnahme und Erledigung der Klage herausstellt. Dieser hat die Vertretung so lange zu führen, als der gesetzliche Vertreter in den Prozeß nicht eintritt. Die Einholung einer Klagelegitimation

für diese Prozesse hat zu entfallen. Durch diese Einrichtung werden auch Minderjährige rasch und sachgemäß das Gewerbegericht anrufen können.

Zu § 26. Die erste Tagssatzung hat sich im gewerbegerichtlichen Verfahren als überflüssig und schädlich erwiesen. Sie ist überflüssig, weil sie die Entscheidung der Rechtsfachen hinauszieht. Sie ist schädlich, weil sie die Erledigung der meisten Sachen dem Einfluß der Beisitzer in einer Weise entzieht, daß unter dem geltenden Gesetz die wenigsten der anhängigen Rechtsfachen unter Zuziehung der Beisitzer entschieden werden und dem Gewerbegericht dadurch der Charakter des Laiengerichtes genommen wird.

Bei sämtlichen österreichischen Gewerbegerichten wurden erledigt:

	1905	1906	1907	1908
durch Veräumnis, Verzicht und Anerkenntnis . . .	2.399	2.376	2.501	2.428
durch anderes Endurteil	4.600	4.708	4.585	4.315
durch Vergleich	10.300	8.443	8.214	8.256
auf andere Weise	9.448	10.452	10.013	9.650
überhaupt	26.695	25.936	25.277	24.549

Von je 100 erledigten Streitsachen wurden erledigt:

	1905	1906	1907	1908
durch Veräumnis, Verzicht und Anerkenntnis . . .	8'69	9'15	9'88	9'84
durch anderes Endurteil	17'35	18'13	18'11	17'68
durch Vergleich	38'43	32'39	32'46	33'41
auf andere Weise	35'53	40'33	39'45	39'07
überhaupt	100'00	100'00	100'00	100'00

Da die Beisitzer nur bei den „durch anderes Endurteil“ erledigten Streitsachen und bei einem Teil der Vergleiche und der übrigen Urteile teilnehmen konnten, so ergeben die Ziffern, daß kaum ein Drittel der bei den Gewerbegerichten anhängigen Sachen in Anwesenheit der Laienrichter erledigt wurden.

Es spricht daher alles dafür, die erste Tagssatzung aufzulassen und die Beisitzer schon zu der über die Klage anzuordnenden Streitverhandlung beizuziehen.

§ 27 bedarf keiner Reform.

§ 28 des geltenden Gesetzes hat mit dem Wegfall der ersten Tagssatzung zu entfallen, ebenso der erste Absatz des geltenden § 29, so daß der § 28 des Entwurfes nur einen Absatz enthält.

Zu §§ 29, 30, 31, 32 und 33: Das gegenwärtig geltende Rechtsmittelverfahren bedarf nur geringer Änderungen. Die Herabsetzung der Wertgrenze von 100 auf 50 K, bei denen die volle Berufung zulässig sein soll, ist geboten, um eine größere Anzahl von Rechtsfragen zur prinzipiellen Entscheidung zu bringen. Die Einführung eines Referates bei der Berufsungsverhandlung entspringt einem praktischen Bedürfnis. Die Anwendung des Armenrechtes bei Streitsachen über 1000 K ist durch den vorgeschlagenen Zutritt des Advokaten notwendig. § 33 löst eine in der Praxis aufgetauchte Streitfrage zugunsten der Zulässigkeit der vollen Berufung.

Zu § 34: Die Abkürzung der Partitionsfrist auf acht Tage ist wegen der Raschheit des gewerbegerichtlichen Verfahrens notwendig.

Zu § 35: Die Bewilligung der Exekution durch die Gewerbegerichte selbst erspart den obsiegenden Parteien eine Menge Wege und Zeitverlust. Der gegenwärtig geltende Zustand ist unverständlich und geeignet, die Bedeutung der Gewerbegerichte herabzudrücken.

Zu § 36: Der Entwurf gibt nur eine präzisere Fassung des geltenden Gesetzes. Der Wegfall der Urteilsgebühr, die ja ohnehin kein namhaftes Erträgnis liefert, sichert die vollständige Kostenlosigkeit des Verfahrens.

Zu §§ 37 bis 43: Diese Bestimmungen bedürfen keiner Reform, sondern lediglich stilistischer Änderungen.

§ 40 dient dazu, einer neuen Kompetenzfrage vorzubeugen.

258

A

Antrag

des

Abgeordneten Moraczewski und Genossen.

Es wird beantragt:

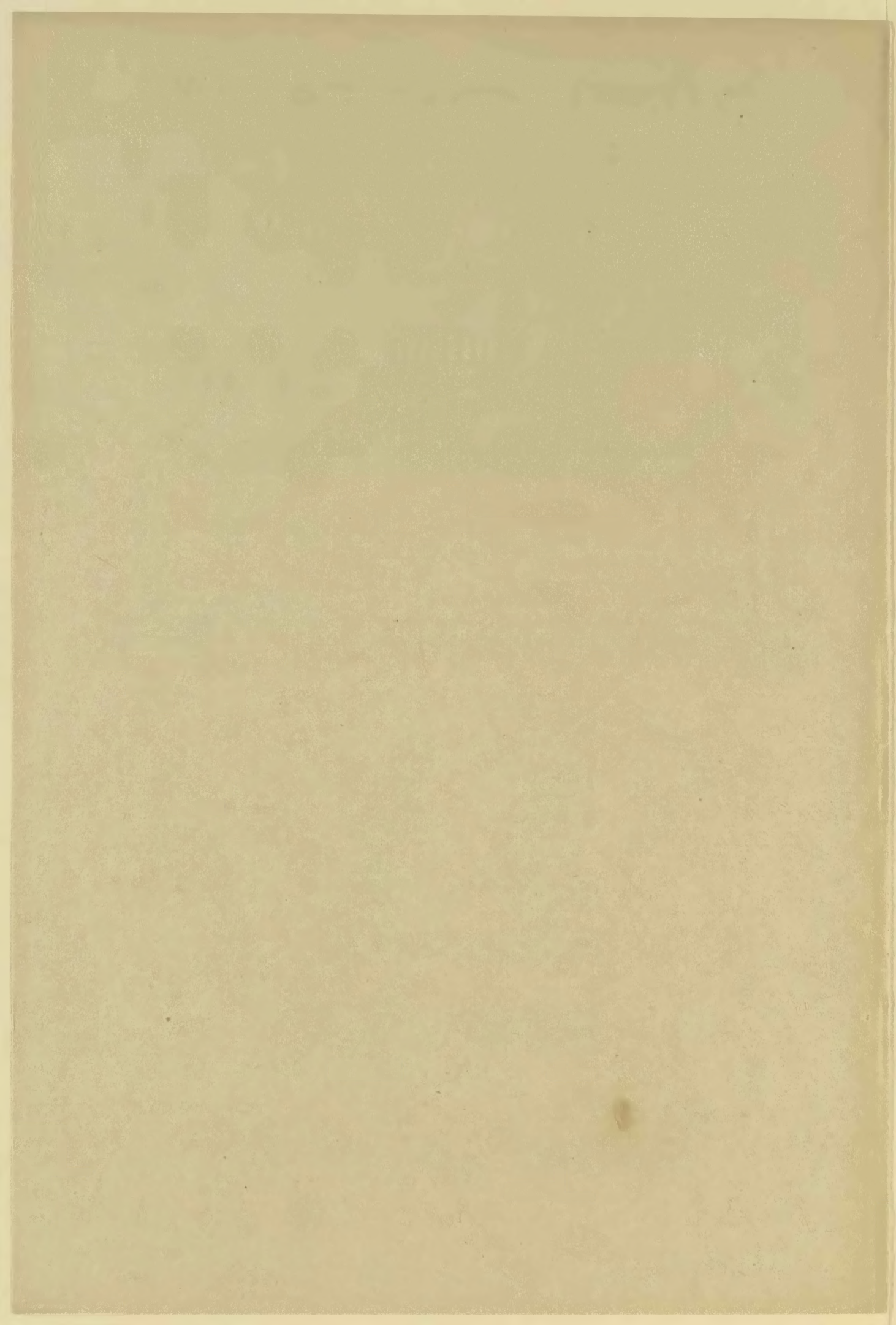
Das hohe Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

„Der beiliegende Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten, ist dem zu wählenden Eisenbahnausschusse zur Beratung und Berichterstattung zuzuweisen.“

Wien, 21. Juli 1911.

Diamand.
Daszhyński.
Dr. Liebermann.
Tomschik.
Hudec.
K. Seib.
Klemenšewicz.
Cingr.
Keger.
Marek Zygmunt.

Moraczewski.
G. Oliva.
Schuhmeier.
Reismüller.
Seliger.
Schiegl.
Domes.
Dr. Battisti.
Ellenbogen.
Silberer.
B. Pittoni.



Gesetz

vom ,

betreffend die

Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und
ihren Angestellten.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen,
wie folgt:

Geltungsbereich des Gesetzes.

§ 1.

Die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes finden auf die Bediensteten aller im Privat- oder Staatsbetrieb stehenden Eisenbahnen, einschließlich der Bahnen niederer Ordnung und der staatlichen Bodenseeschifffahrt, weiters auf die Arbeiter bei den Regiebauten und Hilfsanstalten in Gemäßheit des Gesetzes vom 28. Juli 1902, R. G. Bl. Nr. 156, Anwendung.

Das Vertragsverhältnis zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten ist nur insoweit Gegenstand freier Übereinkunft, als dieselbe nicht Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderläuft; jede derartige Vereinbarung ist nichtig.

Dienstkategorien.

§ 2.

Das Personal der im § 1 angeführten Unternehmungen zerfällt in drei Dienstkategorien. Zur Dienstkategorie I gehören die Beamten, zur Dienstkategorie II die Diener und qualifizierten Arbeiter, zur Dienstkategorie III die nichtqualifizierten Arbeiter.

In jeder Dienstkategorie werden provisorische und definitive Angestellte unterschieden.

In ausbildungsweiser Beschäftigung dürfen Arbeiter nur unter den im § 4 angeführten Bestimmungen verwendet werden.

§ 3.

In die Dienstkategorie I (Beamte) sind außer den am 1. Jänner 1908 zu den Beamten und Unterbeamten gehörigen Bediensteten noch folgende einzureihen: Kanzlisten, Offizianten, Skontisten, Dolmetsche, Zeichner, Hilfsbeamte, Telegraphisten, Telegraphenmeister; Stationsleiter, Stationsaufseher, Verkehrsexpedienten, Oberkondukteure, Zugsführer, Gepäckkondukteure (Manipulanten); Zugschreiver, Magazinsmeister (Magazinsoberaufseher), Wagenverkehrsaufseher, Wagenmeister und Wagenaufseher; Lokomotivführer; Bahn-, Gebäude-, Block- und Brückenmeister; Steuermänner und Untersteuermänner, Maschinisten und Schiffsmaschinisten; Werkmeister in den Imprägnieranstalten; Werkmeister in Werkstätten und Heizhäusern, Maschinenmeister (Maschinenaufseher); Werkmeister in Beleuchtungs- und elektrischen Anstalten, außerdem alle den hier angeführten vermöge der Art ihrer Beschäftigung gleichwertigen oder ähnlichen Kategorien von Bediensteten.

Niedriger als in die Dienstkategorie II (Diener und qualifizierte Arbeiter) dürfen nicht eingereiht werden: Kondukteure, Bremser; Telegraphenlaboranten; Lokomotivheizer, Pumpen-, Maschinen- und Wagenwärter; Berchieber, Wagenreiber, Ladeseinschreiber, Auspaffer, Stations- und Kanzleidiener, Türsteher, Portiere, Magazinsaufseher, Magazinsgehilfen, Stationsgehilfen, Weichenwächter, Lampisten; Hausaufseher, Bahn-, Überzeugungs- und Blockwächter; Wächterexpedienten, Bahnrichter, Partieführer bei der Bahnerhaltung und den Magazinen; Oberwerk männer, Werk männer, Werkgehilfen, Stabkesselheizer, Drucker, Partieführer in Werkstätten und in Heizhäusern; Schiffsheizer, Matrosen, endlich alle qualifizierten Arbeiter.

§ 4.

Die ausbildungsweise Beschäftigung von Arbeitern (§ 2) ist nur zulässig, wenn es sich um Arbeiten vorübergehender Natur handelt; als solche gelten jene Arbeiten, zu deren Beendigung nicht mehr als sechs Monate erforderlich sind.

Provisorische und definitive Anstellung.

§ 5.

Neu aufgenommene Bedienstete werden in der Regel zuerst provisorisch angestellt. Das Provisorium darf die Dauer eines Jahres nicht überschreiten.

Ist die normierte Dauer des Provisoriums abgelaufen, so erwirbt der Bedienstete nach Ablegung der in der Dienstpragmatik vorgeschriebenen Prüfungen den Anspruch auf definitive Anstellung innerhalb jener Dienstkategorie, der er während der Dauer des Provisoriums angehört hat.

Diese Bestimmungen finden auf die zur Zeit des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes in provisorischer Verwendung stehenden Bediensteten in der Weise Anwendung, daß diejenigen, welche bereits ein Jahr in provisorischer Verwendung stehen, sofort, alle anderen spätestens nach Ablauf des einjährigen Provisoriums nach Maßgabe der Bestimmungen des vorstehenden Absatzes in das definitive Dienstverhältnis übertreten.

Ansprüche der Angestellten aus dem Vertragsverhältnisse.

§ 6.

Mit dem Zeitpunkte der Aufnahme in den Dienst erlangt jeder Bedienstete den Anspruch auf die im Anhang fixierten Mindestleistungen, mit dem Übertritte in das definitive Verhältniß überdies das Recht auf Borrückung in den im Anhang fixierten Minimalfristen.

Diese Ansprüche bleiben bei Übernahme der Verwaltung einer Eisenbahn durch eine andere ebenso wie bei erfolgter Verstaatlichung einer Privateisenbahn aufrecht.

§ 7.

Die Höhe des Gehaltes und des Quartiergeldes sowie die Fristen, innerhalb welcher die Borrückung aus einer Gehaltsstufe in die andere zu erfolgen hat, dürfen von den Eisenbahnen für ihre Angestellten nicht ungünstiger bestimmt werden als in der im Anhange befindlichen Tabelle.

Der Gehalt und die sonstigen Bezüge der Beamten, deren Gehalt den Betrag von 4800 K übersteigt, sind in der Dienstpragmatik (§ 42) zu normieren.

Die Beamten des exekutiven Bahndienstes und des Rechnungsdienstes erreichen den Gehalt von 4800 K in 25 Dienstjahren. Die Borrückungstermine der im Anhange befindlichen Tabelle sind daher für diese Beamtengruppen verhältnismäßig zu kürzen.

Beim Übertritte aus der Dienstkategorie III in die Dienstkategorie II oder aus der Dienstkategorie II in die Dienstkategorie I muß die Einreichung in jene Gehaltsstufe der neuen Kategorie erfolgen, welche die der Gehaltsstufe nach der zurückgelegten Dienstzeit zweitvorhergehende ist.

Die Vorrückung der zur Zeit des Beginnes der Wirksamkeit dieses Gesetzes nicht in der ihrer Dienstdauer entsprechenden Gehaltsstufe stehenden Angestellten hat so zu erfolgen, daß sie sofort um eine Gehaltsstufe und sodann jährlich um eine weitere insoweit vorrücken, bis sie in die ihrer Dienstzeit entsprechende Gehaltsstufe gelangt sind.

Die Aufrückung von einer Dienstkategorie in eine andere hat in der Reihenfolge zu geschehen, in der die Prüfung zum Nachweise der erforderlichen Qualifikation abgelegt wurde; doch darf bis zur Aufrückung nicht mehr als ein Zeitraum von fünf Jahren seit Ablegung der Prüfung verstreichen.

§ 8.

Die Auszahlung der Bezüge erfolgt an die Angestellten der Dienstkategorien I und II am 1. und 15. eines jeden Monats, an die Angestellten der Dienstkategorie III wöchentlich am Samstag, und zwar an die aushilfsweise Beschäftigten und die provisorisch Angestellten im nachhinein, an die definitiv Angestellten im vorhinein.

§ 9.

Die Entschädigung für jede Überstunde (§ 34) darf nicht niedriger bemessen werden, als mit 1 K für die Angestellten der Dienstkategorie I, mit 60 h für die Angestellten der Dienstkategorie II und mit 50 h für die Angestellten der Dienstkategorie III. An Sonn- und Feiertagen sind die Überstunden doppelt zu bezahlen. Überstunden, die in die Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr früh fallen, sind ebenfalls doppelt zu bezahlen.

Das Mindestausmaß der Nachtdienstgebühr hat für die Dienstkategorie I in Dispositionsstationen 3 K, in Zwischenstationen 2 K, für die Dienstkategorie II 1 K 60 h und für die Dienstkategorie III 1 K zu betragen. Als Nachtzeit gelten die Stunden von 6 Uhr abends bis 7 Uhr früh. Bei außerordentlichen Anlässen, wie Verkehrsunfällen, Elementarkatastrophen und anderen sind die Überstunden sowie die Nachtdienstgebühren doppelt zu bezahlen.

§ 10.

Angestellten des Fahrdienstes und solchen, deren Dienst abwechselnd an verschiedenen Orten zu leisten ist, gebührt ein Reisepauschale. Das monatliche Mindestausmaß desselben hat zu betragen: für die Dienstkategorie I 90 K, für die Dienstkategorie II 60 K, für die Dienstkategorie III 40 K, für Beamte des Maschinenpersonales 140 K, für Heizer 100 K.

Angestellte, auf welche diese Bestimmung keine Anwendung findet, haben für den Fall ihrer Verwendung außerhalb ihres Dienstortes Anspruch auf Reisekosten. Dieselben haben im Mindestausmaß für die

Dienstkatégorie I 8 K, für die Dienstkatégorie II 6 K und für die Dienstkatégorie III 4 K täglich zu betragen.

§ 11.

Im Falle der Versetzung an einen anderen Dienstort hat jeder Angestellte Anspruch auf eine Übersiedlungsgebühr. Diese hat im Mindestausmaß für Angestellte der Dienstkatégorie I 120 K, für solche der Dienstkategorien II und III 80 K, für verheiratete oder verwitwete, jedoch mit einem oder mehreren Kindern übersiedelnde Angestellte das Anderthalbfache zu betragen. Überdies gebührt dem Angestellten freie Fahrt sowie freier Transport der Einrichtungsgegenstände für sich, seine Familienmitglieder und sein etwaiges Dienstpersonal.

§ 12.

Beamten die zum Tragen der Uniform verpflichtet sind, ist, sofern sie nicht schon als Beamtenaspiranten einen Equipierungsbeitrag erhalten haben, bei ihrer definitiven Ernennung ein solcher in der Höhe von mindestens 350 K und überdies ein jährliches Pauschale von mindestens 160 K zu gewähren.

Den Angestellten der Dienstkategorien II und III sind, soweit sie zum Tragen von Uniformen verpflichtet sind, die erforderlichen Dienstkleider unentgeltlich beizustellen.

Die Benützungsdauer der Dienstkleider ist im Höchstausmaße festzusetzen: für Blusen, Beinkleider, Rappen mit einem Jahre, für Röcke, Westen, Paletots mit zwei Jahren, für Pelze mit drei Jahren.

Auflösung des Vertragsverhältnisses.

§ 13.

Jede Eisenbahnverwaltung kann mit aushilfsweise beschäftigten Personen sowie mit den provisorisch Angestellten über die Dauer der Kündigungsfrist eine Vereinbarung treffen. Diese Frist muß jedoch für beide Teile gleich sein und darf für Personen, die der Dienstkatégorie I und II angehören, nicht weniger als anderthalb Kalendermonate, für Personen der Dienstkatégorie III nicht weniger als 14 Tage betragen.

Eine Abweichung ist nur bezüglich der aushilfsweise beschäftigten Personen insofern zulässig, als mit denselben im vorhinein eine bestimmte Dauer des Vertragsverhältnisses vereinbart werden kann.

Ist über die Kündigungsfrist eine Vereinbarung nicht getroffen worden, so finden über das Ausmaß derselben die Bestimmungen des ersten Absatzes Anwendung.

Die Kündigung eines definitiv Angestellten seitens der Bahnverwaltung ist unzulässig.

Das Ausmaß der Frist der für die Kündigung des Dienstverhältnisses seitens eines definitiv Angestellten beträgt, falls nicht eine Vereinbarung auf eine kürzere Frist getroffen wurde, drei Monate.

§ 14.

Aushilfsweise beschäftigte Personen dürfen vor Ablauf der Kündigungsfrist oder vor Ablauf des Vertragsverhältnisses nur aus einem der nachfolgenden Gründe entlassen werden:

- a) wenn sie sich eines Diebstahls, einer Untreue oder einer solchen strafbaren Handlung schuldig machen, die nach den Bestimmungen der Dienstordnung von der Aufnahme in den Dienst ausschließt;
- b) wenn sie den Dienst ungerechtfertigt verlassen oder sich beharrlich weigern, ihren dienstlichen Verpflichtungen nachzukommen;
- c) wenn sie durch den Antritt einer sechs Wochen überschreitenden Freiheitsstrafe an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert sind;
- d) wenn sie sich einer Tätlichkeit oder groben Ehrenbeleidigung gegen Vorgesetzte schuldig machen.

§ 15.

Aushilfsweise beschäftigte Personen können vor Ablauf des Vertragsverhältnisses, alle Bediensteten vor Ablauf der Kündigungsfrist aus einem der nachfolgenden Gründe sofort aus dem Dienst treten:

- a) wenn sie ohne Schaden für ihre Gesundheit den Dienst nicht fortsetzen können;
- b) wenn Vorgesetzte sich einer tätlichen Mißhandlung, groben Ehrenbeleidigung, körperlichen Beschädigung oder gefährlichen Drohung gegen sie schuldig machen;
- c) wenn Vorgesetzte sie oder ihre Angehörigen zu unsittlichen oder gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten suchen;
- d) wenn ihnen ihre Bezüge ganz oder teilweise ungebührlich vorenthalten oder zu ihrem Nachteil wesentliche Vertragsbestimmungen verletzt werden.

Erfolgt die sofortige Entlassung eines Bediensteten ohne einen gesetzlich zulässigen Grund oder tritt ein Bediensteter aus einem der angeführten Gründe ohne Kündigung oder vor Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer aus dem Dienst, so ist er befugt, die auf die Kündigungsfrist oder die restliche Vertragszeit entfallenden Bezüge zu beanspruchen und alle ihm vertragsmäßig oder gesetzlich zustehenden Ansprüche geltend zu machen.

§ 16.

Die Entlassung von Bediensteten aller Dienst-kategorien ist nur im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung wegen eines Verbrechens oder auf Grund

eines ordnungsmäßigen Disziplinarverfahrens und eines auf Entlassung lautenden Erkenntnisses der Disziplinarbehörde zulässig.

Strafverfahren.

§ 17.

Gegen die provisorisch oder definitiv aufgestellten Bediensteten aller Dienstkategorien können bei Ordnungswidrigkeiten Ordnungsstrafen, bei schweren Verletzungen der Berufspflichten Disziplinarstrafen verhängt werden.

Zu den Ordnungsstrafen gehören: die Mahnung, die Verwarnung, Geldstrafen bis 10 K, zu den Disziplinarstrafen: der Verweis, Geldstrafen über 10 K, die jedoch höchstens vier Prozent des Jahresgehaltes oder Lohnes betragen dürfen, die Versetzung an einen anderen Dienstort mit oder ohne Anspruch auf Überziehungsgebühr, die Dienstesentlassung.

§ 18.

Zur Erteilung einer Mahnung oder Verwarnung sind die von der Eisenbahnverwaltung bestimmten Organe, zur Verhängung einer Geldstrafe als Ordnungsstrafe die Direktionen oder gleichartigen Dienststellen nach den Bestimmungen der Dienstordnung berechtigt.

Gegen die Verhängung einer derartigen Geldstrafe kann binnen acht Tagen nach erfolgter Verständigung die Entscheidung der Disziplinarbehörde angerufen werden.

Insofern nach den Bestimmungen der Dienstordnung rechtskräftig verhängte Ordnungsstrafen in die Qualifikationstabelle, in welche dem Bediensteten auf Verlangen Einsicht zu gewähren ist, eingetragen werden, muß deren Löschung nach dreijähriger, straffreier Dienstzeit erfolgen.

Die Verhängung von Disziplinarstrafen kann nur durch Erkenntnis der Disziplinarbehörde nach vorangegangenen ordnungsmäßigen Disziplinarverfahren erfolgen.

Disziplinarverfahren.

§ 19.

Behufs Regelung des Disziplinarverfahrens hat jede Eisenbahnverwaltung ein Disziplinarstatut zu erlassen, welches die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Disziplinarcommission, die Wahl der Mitglieder in die Kommission sowie die Art des Verfahrens zu enthalten hat und vor seiner Erlassung den bei der Bahnverwaltung bestehenden Personalkommissionen (Arbeiterverschüssen) zur Begutachtung vorzulegen ist. Das Disziplinarstatut sowie jede Änderung desselben bedarf der Genehmigung des Eisenbahnministeriums.

Dem Disziplinarstatut sind die in den §§ 19, 20, 21, 22 und 29 dieses Gesetzes angeführten Bestimmungen zugrunde zu legen.

Bei jeder Eisenbahnverwaltung besteht eine Disziplinarcommission, welche zusammengesetzt ist:

1. aus einem Präsidenten und einem oder mehreren Vizepräsidenten, die von der Eisenbahnverwaltung ernannt werden;

2. aus einer Anzahl von durch die Eisenbahnverwaltung für die Dauer eines Jahres ernannten stimmführenden Mitgliedern, von welchen je ein Drittel auf jede der drei im Anhang angeführten Diensteskategorien zu entfallen hat;

3. aus nach Dienstkategorien und innerhalb derselben nach Dienstzweigen geschiedenen Gruppen, deren jede eine gleiche Anzahl von aus den betreffenden Dienstkategorien und Dienstzweigen gewählten Mitgliedern zu enthalten hat.

Die Mitglieder jeder Gruppe werden von sämtlichen, den einzelnen Dienstzweigen jeder Dienstkategorie angehörigen, durch mindestens fünf Jahre im Dienste der Eisenbahnverwaltung stehenden, definitiv angestellten Bediensteten gewählt. Die Funktionsdauer der gewählten Mitglieder beträgt drei Jahre.

Wählbar sind alle wahlberechtigten Mitglieder, welche zur Zeit der Wahl weder in Disziplinaruntersuchung stehen, noch eine Disziplinarstrafe erlitten haben, deren Bösung aus der Qualifikationstabelle noch nicht erfolgte (§ 21).

§ 20.

Die Verhandlung über einen seitens einer Eisenbahnverwaltung gegen einen Bediensteten erhobene Disziplinaranzeige ist mündlich und findet vor einem Disziplinarausschuß der Disziplinarcommission statt, welcher zu bestehen hat:

1. aus dem Präsidenten oder einem Vizepräsidenten der Disziplinarcommission;

2. aus zwei ernannten Mitgliedern jener Bedienstetenkategorie, welcher der Beschuldigte angehört;

3. aus drei Mitgliedern jener durch Wahl gebildeten Gruppe, welche der Bedienstetenkategorie und dem Dienstzweige des Beschuldigten entspricht.

Der Präsident bestimmt im einzelnen Falle die sub 2 angeführten stimmführenden Mitglieder des Disziplinarausschusses; die drei Mitglieder der sub 3 angeführten Gruppe sind vom Beschuldigten aus den der betreffenden Gruppe angehörenden Mitgliedern der Disziplinarcommission zu wählen.

Die Beschlüsse des Disziplinarausschusses, welcher nur bei Anwesenheit aller Mitglieder beschlußfähig ist, werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die dem Beschuldigten günstigere Meinung.

Sind mehrere Beschuldigte vorhanden, welche verschiedenen Dienstkategorien oder Dienstzweigen angehören, so sind in den Disziplinarausschuß je zwei

ernannte Mitglieder jeder Dienstkategorie, welcher ein Beschuldigter angehört, und je drei Mitglieder jeder Gruppe, welcher ein Beschuldigter nach seiner Dienstkategorie und seinem Dienstzweige angehört, aufzunehmen. An den Beschlüssen und Abstimmungen über den einzelnen Beschuldigten haben sich in diesem Falle außer dem Präsidenten nur die zwei ernannten Mitglieder jener Dienstkategorie, welcher der betreffende Beschuldigte angehört, und die drei Mitglieder jener durch Wahl gebildeten Gruppe zu beteiligen, welche der Dienstkategorie und dem Dienstzweige des betreffenden Beschuldigten entspricht.

Die Verhandlung vor dem Disziplinarausschuß ist nicht öffentlich, doch ist der Zutritt je drei von jedem Beschuldigten nominierten Vertrauensmännern aus der Anzahl der Bediensteten der betreffenden Eisenbahnverwaltung zu gestatten.

Der Beschuldigte kann sich bei der Disziplinarverhandlung durch einen seinem Dienstzweige angehörigen definitiven Bediensteten seiner Eisenbahnverwaltung oder durch einen Advokaten verteidigen lassen.

§ 21.

Der Disziplinarausschuß ist an kein bestimmtes Verfahren gebunden. Er hat nach freier Überzeugung und nach gewissenhafter Prüfung aller vorgebrachten Beweismittel das Erkenntnis zu schöpfen.

Die Disziplinarerkenntnisse sind in die Qualifikationstabelle einzutragen. Nach dreijähriger, straffrei zurückgelegter Dienstzeit eines verurteilten Bediensteten hat die Löschung der Disziplinarstrafe aus der Qualifikationstabelle zu erfolgen.

Ist gegen einen Bediensteten wegen derselben Handlung, die den Gegenstand des Disziplinarverfahrens bildet, eine strafgerichtliche Untersuchung im Zuge, so darf die Verhandlung vor dem Disziplinarausschuße nicht vor rechtskräftiger Beendigung des Strafverfahrens stattfinden.

§ 22.

In dringenden Fällen, insbesondere wenn von der weiteren Dienstführung durch einen eines Disziplinarvergehens beschuldigten Bediensteten Gefahr für die persönliche Sicherheit von Menschen oder für Eigentum zu befürchten ist, kann die Eisenbahnverwaltung auch vor Fällung des Disziplinarerkenntnisses die vorläufige Abziehung des beschuldigten Bediensteten vom Dienste anordnen. In diesem Falle muß die Verständigung des Angeklagten von der Einleitung des Disziplinarverfahrens innerhalb 48 Stunden nach erfolgter vorläufiger Suspendierung erfolgen und das Disziplinarverfahren mit der größten Beschleunigung zum Abschlusse gebracht werden.

Krankenversicherung.

§ 23.

Sämtliche Bedienstete sind auf Grund des Gesetzes vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, bei einer in Gemäßheit dieses Gesetzes eingerichteten Bezirks- oder Vereinskrankenkasse in der gesetzlich bestimmten Art und Höhe für den Krankheitsfall zu versichern; diese Versicherung hat sich auch auf die im gemeinsamen Haushalte lebenden Familienangehörigen der Bediensteten — mit Ausschluß der Oberbeamten — derart zu erstrecken, daß sie Anspruch auf unentgeltliche ärztliche Hilfe, unentgeltliche Beistellung von Arzneimitteln und unentgeltliche Hilfe bei Entbindungen haben.

§ 24.

Die definitiv Angestellten aller Dienstkategorien haben im Falle einer Erkrankung durch mindestens drei Jahre Anspruch auf den Fortbezug des vollen Gehaltes und Quartiergeldes. Hört dieser Anspruch auf, so finden bei fortdauernder Erkrankung die Bestimmungen des Pensionsstatuts Anwendung.

Unfallversicherung.

§ 25.

Artikel VII, 5. Absatz, des Gesetzes vom 20. Juli 1894, R. G. Bl. Nr. 168, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung, wird abgeändert und hat zu lauten:

Den gedachten Personen ist die aus der Unfallversicherung gebührende Rente derart auszumessen, daß sie im Falle gänzlicher Erwerbsunfähigkeit und für die Dauer derselben 100 Prozent des vollen Jahresarbeitsverdienstes (Absatz 2) und im Falle teilweiser Erwerbsunfähigkeit und für die Dauer derselben einen nach dem Maße der verbliebenen Erwerbsfähigkeit zu bemessenden Bruchteil der 100prozentigen Rente erhalten.

Sofern jedoch den gedachten Personen oder deren Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes vom 5. März 1869, R. G. Bl. Nr. 27, ein Entschädigungsanspruch zustehen würde, ist die dem Versicherten gebührende Rente im Falle eines dauernden Siechtums auf 120 Prozent des vollen Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen; die den Hinterbliebenen gebührende Rente ist um zwei Drittel zu erhöhen.

Pensionsfonds.

§ 26.

Zum Zwecke der Gewährung von Pensionen an Bedienstete und deren Angehörige ist für sämtliche

Eisenbahnunternehmungen ein gemeinsamer Pensionsfonds zu errichten, in welchen das Vermögen sämtlicher bestehenden Pensions(Provisions)fonds der Eisenbahnunternehmungen einzuverleiben ist. Die näheren Bestimmungen über diese Einverleibung sowie über die Bildung, Verwaltung und Verwendung des gemeinsamen Pensionsfonds hat das Eisenbahnministerium im Verordnungswege zu treffen, jedoch unter Beobachtung der nachstehenden grundlegenden Bestimmungen der §§ 26, 27, 28, 29 und 46 dieses Gesetzes.

Durch die Einverleibung der bestehenden Pensionsfonds in den gemeinsamen Pensionsfonds dürfen erworbene Rechte nicht verkürzt werden.

Die Verwaltung des Pensionsfonds erfolgt durch einen Ausschuss, der zu zwei Dritteln von den Versicherten in geheimer Wahl berufen, zu einem Drittel von den Eisenbahnverwaltungen ernannt wird.

Für den Pensionsfonds ist durch den Ausschuss ein Statut zu beschließen, das der Genehmigung des Eisenbahnministeriums bedarf.

§ 27.

Der Beitrag der Versicherten zum Pensionsfonds darf drei Prozent des Gehaltes und Quartiergeldes nicht übersteigen. Die durch die Beiträge der Versicherten und die sonstigen Einnahmen des Fonds nicht bedeckten Ausgaben desselben sind durch Beitragsleistungen der Eisenbahnunternehmungen im Verhältnisse der Zahl ihrer dem Fonds angehörigen Bediensteten zur Gesamtzahl der Pensionsfondsteilnehmer alljährlich zu decken.

Der Anspruch auf Pension erwächst vom Tage des Übertrittes in das definitive Dienstverhältnis.

Die Pension eines Beamten ist so zu berechnen, daß als solche mindestens so viel Dreißigstel des zuletzt bezogenen Gehaltes und Quartiergeldes gewährt werden, als der Pensionsberechtigte zur Zeit der Pensionierung Dienstjahre einschließlich des Probejahres zurückgelegt hat. Ein angefangenes Dienstjahr ist hierbei, wenn wenigstens sechs Monate abgelaufen sind, als ein volles Jahr zu rechnen.

Doch muß die Pension mindestens in der Dienst-kategorie I 1600 K, in der Dienst-kategorie II 1000 K, in der Dienst-kategorie III 800 K jährlich betragen.

Die Witwenpension hat mindestens 50 Prozent, die Waisenpension 15 Prozent der dem verstorbenen Angestellten im Sinne der obigen Bestimmungen zur Zeit des Todes zustehenden Pension zu betragen. Die Pension einer Witwe darf den Betrag von 4000 K nicht übersteigen. Die Pension einer Witwe und die Waisenpension der Kinder dürfen zusammen nicht mehr als die Pension des Vaters ausmachen.

Bei Waisen, denen beide Eltern fehlen, muß die Pension im Minimum für jedes Kind 30 Prozent

der Pension des Vaters betragen. Für alle Kinder zusammen darf die Pension nicht mehr als die Pension des Vaters ausmachen.

Sonstige Angehörige, welche vom verstorbenen Angestellten regelmäßige Unterstützungen bezogen haben, haben auf eine Pension in der Höhe von mindestens 50 Prozent der nachweisbaren Unterstützung dann Anspruch, wenn der Ausfall der Unterstützungen ihr Gesamteinkommen auf weniger als 1200 K jährlich herabdrücken würde.

§ 28.

Für sämtliche Beamte des exekutiven Bahndienstes sowie für die Angestellten der Dienst-kategorien II und III ist die Höhe der Pension so zu berechnen, daß als solche mindestens so viele Mal vier Prozent des zuletzt bezogenen Gehaltes und Quartiergeldes gewährt werden, als der Pensionsberechtigten zur Zeit der Pensionierung Dienstjahre zurückgelegt hat.

Rücksichtlich der Minimalpension und der Ansprüche der Hinterbliebenen gelten analog die Vorschriften des § 27.

§ 29.

Bei erwiesener Dienstuntauglichkeit ist der Angestellte berechtigt, die Gewährung der Pension zu fordern. Nach Ablauf einer 30jährigen (§ 27), beziehungsweise 25jährigen (§ 28) Dienstzeit erwächst der Pensionsanspruch ohne Rücksicht auf die Dienstuntauglichkeit.

Die Eisenbahnunternehmung kann bei Eintritt dauernder, völliger Dienstuntauglichkeit eines Angestellten nach Ablauf der im § 24 normierten dreijährigen Frist die Versetzung des Angestellten in den Ruhestand unter Gewährung der normalmäßigen Pension fordern.

Hierüber ist jedoch vorerst unter Beobachtung der Vorschriften der §§ 19 bis 22 das Erkenntnis der Disziplinarkommission einzuholen.

Arbeitszeit.

§ 30.

Im kommerziellen Dienste der Eisenbahnverwaltungen darf die Arbeitszeit höchstens 6½ Stunden innerhalb 24 Stunden betragen. Innerhalb dieser Arbeitszeit ist eine Arbeitspause von einer halben Stunde zu gewähren. Wird eine kürzere Pause festgesetzt, dann vermindert sich die zulässige Arbeitszeit um so viel, als die Kürzung der Pause beträgt.

Die Verteilung der Arbeitszeit hat so zu erfolgen, daß jedem beim kommerziellen Dienste Angestellten innerhalb 24 Stunden eine ununterbrochene

freie Zeit von mindestens 17 Stunden verbleibt, in welche die etwaigen Arbeitspausen nicht einzurechnen sind.

§ 31.

Die Arbeitszeit darf für die in den Werkstätten und Heizhäusern beschäftigten Personen innerhalb 24 Stunden — ohne Einrechnung der Pausen — nicht mehr als acht Stunden betragen. Allen in den Werkstätten und Heizhäusern beschäftigten Personen ist eine Arbeitspause von mindestens $1\frac{1}{2}$ Stunden zu gewähren.

Innerhalb 24 Stunden muß jedem Beschäftigten eine ununterbrochene freie Zeit von wenigstens $13\frac{1}{2}$ Stunden verbleiben, in welche die Arbeitspausen nicht einzurechnen sind.

§ 32.

Bei jenen Dienstzweigen, bei welchen die Verkehrsverhältnisse einen permanenten Dienst erfordern, darf die ununterbrochene Arbeitszeit jeder beschäftigten Person innerhalb 24 Stunden nicht mehr als acht Stunden betragen. Der Beginn der Arbeit ist nach dem vorgeschriebenen Erscheinen am Dienstorte zu berechnen. Innerhalb 24 Stunden ist eine ununterbrochene freie Zeit von mindestens 14 Stunden zu gewähren. Die Fahrten ohne Dienst (Regiefahrten) sind nicht als freie Zeit anzusehen.

Eine Abweichung ist bezüglich des Streckenpersonals gestattet, bei welchem die ununterbrochene Arbeitszeit die Dauer von 12 Stunden nicht überschreiten darf. Innerhalb 36 Stunden ist jedoch eine ununterbrochene freie Zeit von mindestens 22 Stunden zu gewähren.

§ 33.

Bei jenen Dienstzweigen, welche einen permanenten Dienst nicht erfordern, darf die Arbeitszeit für jede beschäftigte Person innerhalb 24 Stunden die Dauer von acht Stunden nicht übersteigen. Innerhalb der Arbeitszeit ist eine Pause von mindestens $1\frac{1}{2}$ Stunden zu gewähren. Die Verteilung der Arbeitszeit hat so zu erfolgen, daß jedem Beschäftigten innerhalb 24 Stunden ohne Einrechnung der Pausen eine ununterbrochene freie Zeit von mindestens $13\frac{1}{2}$ Stunden verbleibt.

§ 34.

Eine Verlängerung der in den §§ 30 bis 33 normierten Arbeitszeit ist nur in außerordentlichen Fällen, als: Verkehrsunfälle, Elementarkatastrophen usw. sowie bei Gefahr für die Sicherheit, das Leben oder die Gesundheit von Menschen zulässig. In solchen Fällen ist rechtzeitig für Ersatzpersonal und möglichst rasche Ablösung des über die Arbeitszeit

beschäftigten Personals zu sorgen und diesem eine entsprechend verlängerte Ruhezeit zu gewähren.

Desgleichen ist jeder derartige Fall unverzüglich den vorgesetzten Dienststellen sowie dem zuständigen Eisenbahninspektor anzuzeigen, welche eventuell das Erforderliche zu veranlassen haben.

Außerhalb der Arbeitszeit darf seitens der Bahnverwaltungen die Benützung der freien Zeit der Bediensteten in keiner Weise beschränkt werden.

Sonntagsruhe.

§ 35.

Die Sonntagsruhe hat mindestens 36 Stunden zu dauern und frühestens am Samstag, 6 Uhr abends, zu beginnen.

Bei jenen Dienstzweigen, bei welchen aus Verkehrsrücksichten ein ununterbrochener Dienst nötig ist, kann an Stelle des freien Sonntags ein Ersatzruhetag mit einer Ruhezeit von mindestens 24 Stunden treten. Doch muß jeder beschäftigten Person mindestens jeden zweiten Sonntag eine Ruhezeit im Ausmaße des Absatzes 1 dieses Paragraphen gewährt werden.

Bei außerordentlichen Anlässen im Sinne des § 34, Alinea 1, und unter Beobachtung der dort angeführten Bestimmungen ist ausnahmsweise die zeitweise Außerkraftsetzung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe gestattet.

Erholungsurlaub.

§ 36.

Die Angestellten haben Anspruch auf einen jährlichen Erholungsurlaub, der innerhalb der Monate Mai bis September zu gewähren ist. Die Mindestdauer desurlaubes hat bei provisorisch Angestellten eine Woche, bei definitiv Angestellten zwei Wochen zu betragen; nach zehnjähriger Dienstzeit ist die Mindestdauer auf drei, bei 15jähriger Dienstzeit auf vier Wochen zu erhöhen. Alle Angestellten haben für sich und ihre Familie Anspruch auf freie Fahrt zu Zwecken des Erholungsurlaubes.

Bahninspektion.

§ 37.

Die Aufsicht über die Beobachtung der Bestimmungen dieses Gesetzes obliegt Eisenbahninspektoren, welchen überdies bezüglich der Eisenbahnunternehmungen jene Aufgaben zufallen, die das Gesetz vom 17. Juni 1883, R. G. Bl. Nr. 117, den Gewerbeinspektoren rücksichtlich der gewerblichen Unternehmungen zuweist.

Insbefondere obliegt ihnen die Besichtigung aller Werkstätten und Anlagen, der Strecken, Fahrzeugbetriebsmittel, der von der Unternehmung beigestellten Wohnungen und dergleichen mehr. Sie sind berechtigt, alle für das Wohl der Angestellten errichteten Anstalten zu beaufsichtigen, zum Zwecke der Erfüllung ihrer Obliegenheiten von allen Behörden Auskünfte zu fordern und Bedienstete zu vernehmen. Sie haben die Durchführung aller auf die Sicherheit des Betriebes und das Verhältnis zwischen den Bediensteten und den Eisenbahnverwaltungen bezüglichen Gesetze und Verordnungen zu überwachen, jede Übertretung dem kompetenten Gerichte wie den berufenen Organen der betreffenden Bahnverwaltung zur Anzeige zu bringen und die Abstellung von für die Bediensteten nachteiligen Unzufömmlichkeiten zu veranlassen.

§ 38.

Die Inspektoren unterstehen dem Eisenbahnminister, der zur Leitung des Inspektionsdienstes einen Zentraleisenbahninspektor ernannt. Sie werden aus dem Staatsschatze besoldet.

Der Eisenbahnminister normiert die Zahl der für jeden Dienstzweig erforderlichen Inspektoren. Er bestimmt das Amtsgebiet und den Amtssitz eines jeden Inspektors und grenzt die Kompetenz der Inspektoren der einzelnen Dienstzweige gegeneinander ab. Er hat darauf Bedacht zu nehmen, daß sämtliche Anlagen, Werkstätten, Strecken u. dgl. mindestens einmal in jedem Monat besichtigt werden können.

Der Eisenbahnminister erläßt aus eigener Initiative wie auf Antrag der Bahninspektoren Verordnungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Bediensteten.

§ 39.

Die Inspektoren werden von den provisorisch und den definitiv angestellten Bediensteten jeder Eisenbahnunternehmung aus ihrer Mitte nach Dienstzweigen gewählt.

Die näheren Bestimmungen über diese Wahlen werden vom Eisenbahnminister im Verordnungswege unter Zugrundelegung der Bestimmungen dieses Gesetzes getroffen.

Zur Wahl der Bahninspektoren berechtigt sind alle provisorisch und definitiv Angestellten, die das 20. Lebensjahr erreicht haben und nicht wegen einer gerichtlichen Verurteilung des Gemeindewahlrechtes verlustig geworden sind.

Wählbar sind jene wahlberechtigten Angestellten, die mindestens zehn Jahre im Bahndienste stehen und das 30. Lebensjahr erreicht haben.

Ehemalige Angestellte einer Bahn sind unter den Voraussetzungen des Absatzes 4 dann wählbar, wenn seit ihrem Ausscheiden aus dem Bahndienste nicht mehr als drei Jahre verstrichen sind.

§ 40.

Die Wahlen werden unter der Leitung der politischen Behörden durchgeführt. Sie sind geheim.

Als gewählt erscheint, wer die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Bei einer Stichwahl genügt die relative Majorität.

Die Wahl des Bahninspektors erfolgt für drei Jahre. Die Wiederwahl ist jederzeit zulässig; dies gilt auch für die auf Grund des § 39, Absatz 5, gewählten Inspektoren.

Nach Ablauf seiner Funktionsdauer tritt der aus dem Inspektionsdienst scheidende Angestellte in die von ihm vor Antritt seiner Funktion bekleidete Dienststellung und in den Genuß aller gegenüber seiner Bahnverwaltung erworbenen Rechte und Ansprüche, wobei die im Inspektionsdienst zugebrachte Zeit als Dienstzeit zu behandeln ist. Die Pensionsansprüche bestehen während der Funktion des Inspektors ungeändert fort.

§ 41.

Jeder Bahninspektor hat alljährlich an den Eisenbahnminister einen Bericht zu erstatten, der eine Übersicht seiner Amtstätigkeit und eine genaue Darstellung seiner Wahrnehmungen sowie etwaige legislative oder administrative Vorschläge zu enthalten hat. Die Berichte sind alljährlich ungeändert dem Reichsrate vorzulegen.

Dienstpragmatik.

§ 42.

Jede Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, innerhalb sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine nach dem vom Eisenbahnministerium auszuarbeitenden Musterentwurf verfaßte Dienstpragmatik dem Zentralbahninspektor sowie den bei ihr bestehenden Organen zur Wahrnehmung der speziellen Interessen des Bahnpersonals (Personalkommission, Arbeiterausschuß u. dgl.) zur Äußerung vorzulegen und nach eingeholter Genehmigung zu erlassen.

Die Dienstpragmatik unterliegt der Genehmigung des Eisenbahnministeriums. Sie hat alle auf das Vertragsverhältnis zwischen den Eisenbahnverwaltungen und ihren Bediensteten bezüglichen Bestimmungen zu enthalten und ist jedem neueintretenden Bediensteten in einem Exemplar einzuhandigen.

Insbefondere hat die Dienstpragmatik Bestimmungen zu enthalten:

- a) über die Bedingungen zur Aufnahme in den Bahndienst überhaupt und in jede Dienstkategorie sowie jeden Dienstzweig insbesondere;
- b) über die provisorische Dienstzeit und über die Voraussetzungen des Übertrittes in das definitive Dienstverhältnis, insbesondere über die vor-

- geschriebenen Prüfungen, wobei die Frist von der Anmeldung zur Prüfung bis zur Vornahme derselben nicht länger als mit einem Monate bestimmt werden darf;
- c) über die Höhe der Bezüge und das Avancement sowie die Termine der Gehaltszahlung;
 - d) über die Arbeitsdauer, die Sonntagsruhe, Arbeitspausen und freie Zeit;
 - e) über die Rechte der Bediensteten im Falle einer Erkrankung, eines Betriebsunfalles und der Invaliddität;
 - f) über die Befugnisse der Vorgesetzten und über den Beschwerdeweg, wobei den Bediensteten durch die Bildung von aus ihrer Mitte gewählten Beschwerdekommmissionen Einfluß auf die Entscheidung über Beschwerden zu gewähren ist;
 - g) über die Art der Auflösung des Dienstverhältnisses;
 - h) über Bildung, Zusammensetzung und Wirkungsbereich der Beschwerdekommmissionen (§ 42, Alinea f), der Personalkommmissionen und Arbeiterausschüsse (§ 43).

Erfolgt seitens einer Eisenbahnverwaltung innerhalb der im Absätze 1 angegebenen Frist die Erlassung der Dienstpragmatik nicht, so ist dieselbe mit bindender Kraft vom Eisenbahnminister zu erlassen. Wenn eine Eisenbahnunternehmung es unterläßt, im Sinne dieses Gesetzes die Einteilung der Angestellten in die Dienst-kategorien und die Zuweisung in die Gehaltsstufen vorzunehmen, so hat der Eisenbahnminister die entsprechenden Verfügungen, unbeschadet des den Angestellten zustehenden Rechtes der gerichtlichen Geltendmachung ihrer Ansprüche, zu erlassen.

Änderungen der Dienstpragmatik sind nur unter Beobachtung der Bestimmungen des Alinea 1 dieses Paragraphen zulässig.

§ 43.

Bei jeder Eisenbahnverwaltung sind zur Vertretung der Wünsche, Beschwerden und Interessen der Bediensteten, mit Ausnahme der Lohnarbeiter, Personalkommmissionen und für die Lohnarbeiter Arbeiterausschüsse zu errichten, deren Mitglieder von den Angestellten, beziehungsweise von den Lohnarbeitern zu wählen sind.

Den Personalkommmissionen, beziehungsweise den Arbeiterausschüssen obliegt die Mitwirkung bei der Beratung und Entscheidung in allen Angelegenheiten, welche die dienstliche Stellung, die dienstliche Tätigkeit und sonst das dienstliche Interesse der Bediensteten, beziehungsweise Lohnarbeiter berühren, als: Dienstzeit, Gehalts- und Lohnverhältnisse, Disziplinarangelegenheiten, Qualifikation, Vorrückung etc.

Strafbestimmungen.

§ 44.

Als Übertretung ist mit Geld von 200 bis 2000 K oder mit Arrest von einem bis zu sechs Monaten, im Wiederholungsfalle nur mit Arrest von einem bis zu sechs Monaten unter Ausschluß der Umwandlung in eine Geldstrafe zu bestrafen, insofern nicht eine nach dem allgemeinen Strafgesetzbuche strenger zu ahnende strafbare Handlung vorliegt:

1. die Verletzung der Vorschriften der §§ 30 bis 34 über die Arbeitszeit;

2. die Verletzung der Bestimmungen des § 35 über die Sonntagsruhe;

3. die Verletzung des § 36 über den Erholungsurlaub.

Als schuldtragend gelten in Ansehung dieser Übertretungen alle jene Personen, welche für die Beobachtung der vorstehend zitierten Bestimmungen verantwortlich sind, insbesondere nicht nur jene, die den Auftrag zur Verletzung dieser Bestimmungen gegeben haben, sondern auch jene Vorgesetzte, die den Auftrag gebuldet oder zu dessen Erteilung mittelbar oder unmittelbar beigetragen haben.

§ 45.

Wegen Übertretung ist mit Geld von 100 K bis zu 1000 K oder mit Arrest von 20 Tagen bis zu drei Monaten, im Wiederholungsfalle nur mit Arrest von 20 Tagen bis zu drei Monaten unter Ausschluß der Umwandlung in eine Geldstrafe zu bestrafen, insofern nicht eine nach dem allgemeinen Strafgesetzbuche strenger zu ahnende strafbare Handlung vorliegt:

1. wer den Bahninspektor an der Ausübung seiner Amtspflicht hindert oder zu hindern sucht, die Aussage an den Bahninspektor verweigert oder andere von einer solchen Aussage abzuhalten sucht;

2. wer einem Angestellten wegen wahrheitsgemäßer Mitteilungen, die er dem Bahninspektor gemacht hat, Nachteil zufügt oder androht;

3. wer anlässlich der Wahl eines Eisenbahninspektors als Vorgesetzter eines wahlberechtigten Eisenbahnbediensteten dem letzteren, um die Wahl des Bahninspektors zu beeinflussen, mittelbar oder unmittelbar Nachteile androht oder zufügt, persönliche Vorteile verspricht oder gewährt;

4. wer ein Mitglied einer Personalkommission oder eines Arbeiterausschusses, ein Ausschußmitglied des Pensionsfonds, ein Mitglied des Vorstandes oder einen Delegierten der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt, ein Mitglied des Ausschusses der Krankenkassen (§ 23) an der Ausübung ihres Amtes mittelbar oder unmittelbar hindert oder zu hindern sucht.

5. wer einem Bediensteten wegen der Ausübung seines sub 4 bezeichneten Amtes Nachteile mittelbar oder unmittelbar zufügt oder androht;

6. wer anlässlich der Wahl der sub 4 gedachten Funktionäre, um diese Wahl zu beeinflussen, als Vorgesetzter eines wahlberechtigten Eisenbahnbediensteten dem letzteren mittelbar oder unmittelbar Nachteile androht oder zufügt, persönliche Vorteile verspricht oder gewährt oder ihn an der Wahlbeteiligung mittelbar oder unmittelbar hindert oder zu hindern sucht.

§ 46.

Zur Strafsamtsbehandlung hinsichtlich der in den §§ 44 und 45 normierten Übertretungen sind die für Übertretungen des Strafgesetzes zuständigen Gerichte berufen.

Die wegen einer Übertretung der §§ 44 und 45 dieses Gesetzes verhängten Geldstrafen fließen in den Pensionsfonds (§ 26) und sind zur Unterstützung von unverschuldet in Notlage geratenen Eisenbahnbediensteten zu verwenden.

Schlußbestimmungen.

§ 47.

Dieses Gesetz tritt mit 1. in Wirksamkeit.

§ 48.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Mein Eisenbahnminister, Mein Justizminister, Mein Minister des Innern und Mein Finanzminister betraut.

Anhang.

Dienstkatēgorie	Die Borrückung erfolgt spātestens in Jahren	Es betrāgt im Minimum	
		Gehalt	Quartiergeld
		in Kronen österreicherischer Währung	
I. Beamte	Probejahr	150 K monatlich	
	Anstellungsjahr	1.600	800
	2	1.800	800
	2	2.000	800
	2	2.400	1.000
	2	2.600	1.000
	2	2.800	1.000
	2	3.000	1.200
	2	3.200	1.200
	3	3.600	1.200
	3	4.000	1.500
	4	4.400	1.500
	4	4.800	1.500
II. Diener und qualifizierte Arbeiter	Probejahr	4 K Taglohn	
	Anstellungsjahr	1.000	400
	2	1.100	400
	2	1.200	500
	2	1.300	500
	2	1.400	500
	2	1.500	600
	2	1.600	600
	2	1.700	600
	2	1.800	600
	2	1.900	700
	2	2.000	700
	3	2.400	700
III. Nichtqualifizierte Arbeiter	Probejahr	3 K Taglohn	
	Anstellungsjahr	900	300
	4	1.000	400
	5	1.100	400
	4	1.200	500
	5	1.400	500
	5	1.500	600

259

A

Antrag

des

Abgeordneten H u d e r und Genossen,

betreffend

die Beseitigung der Bestrafung des Kontraktbruches.

Die Gefertigten stellen den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Nachstehenden Gesetzentwurf ohne erste Lesung dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zuzuweisen.

Gesetz

vom ,

betreffend

die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen,
wie folgt:

Artikel I.

An Stelle des § 85 des Gesetzes vom 8. März 1885, R. G. Bl. Nr. 22, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung, hat die nachfolgende Bestimmung zu treten.

Artikel II.

§ 85. Vorzeitiger Austritt.

Wenn ein Hilfsarbeiter den Gewerbeinhaber ohne gesetzlich zulässigen Grund (§ 82 a und 101) vorzeitig verläßt, so ist der Gewerbeinhaber berechtigt,

den Hilfsarbeiter zur Rückkehr in die Arbeit für die noch fehlende Zeit zu verhalten und Ersatz des erlittenen Schadens zu begehren. Der Betrag des vom Gewerbeinhaber anzusprechenden Schadens darf nie höher sein als der Lohn und die sonst vereinbarten Genüsse, der dem Arbeiter für die ganze Kündigungsfrist, beziehungsweise für den noch übrigen Teil der Kündigungsfrist ausbezahlt gewesen wäre.

Artikel III.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit.

Artikel IV.

Mit dem Vollzug dieses Gesetzes ist Mein Handelsminister und Mein Minister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern beauftragt.

Erläuternde Bemerkungen.

Es darf als ein Grundsatz des gesamten Zivilrechtes angesehen werden, daß ein Vertragsbruch dem verletzten Teil nur das Recht gibt, auf Erfüllung des Vertrages zu dringen und Schadenersatz für die Nichterfüllung zu begehren. (§ 919 a. b. G. B., Artikel 354 f 1. H. G.) Insbesondere ist das Verlangen nach Erfüllung des Vertrages ein rein privatrechtliches, das nicht unter die Sanktion einer von einer Behörde zu verhängenden Strafe gestellt ist.

Nur in einem einzigen Fall weicht die Gesetzgebung von diesem Grundsatz ab. Obwohl § 72 G. D. die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und ihren Hilfsarbeitern als Gegenstand freier Übereinkunft bezeichnet, setzt § 85 G. D. fest, daß die vorzeitige Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Hilfsarbeiter eine Übertretung der Gewerbeordnung bildet und nach den Bestimmungen der letzteren zu bestrafen ist.

Ist schon an und für sich die Bestimmung eine krasse Ungerechtigkeit, weil eine analoge Bestimmung für den Kontraktbruch des Arbeitgebers fehlt, und ist sie eine Anomalie, weil sie die Einhaltung eines privatrechtlichen Kontraktes unter öffentlich-rechtliche Strafsanktion stellt, so ist sie überdies eine Verletzung der Grundlagen jedes Rechtsstaates, dessen erste Voraussetzung Trennung der Justiz von der Verwaltung ist.

Das Erkenntnis, ob eine Übertretung der Gewerbeordnung nach § 85 vorliegt, setzt die Entscheidung der Vorfrage voraus, ob das Arbeitsverhältnis von dem Hilfsarbeiter ordnungsmäßig gelöst wurde oder nicht. Die Verwaltungsbehörde wird damit gezwungen, über ein strittiges Parteienverhältnis zu entscheiden.

Da das Gesetz vom 27. November 1896, R. G. Bl. Nr. 218, betreffend die Errichtung von Gewerbegerichten, die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnis den Gewerbegerichten übertragen hat, so entsteht der unerträgliche Zustand, daß dieselbe Rechtsfrage von der Verwaltungsbehörde und vom Gewerbegericht gelöst werden muß und sehr häufig verschieden gelöst wird, so daß der Hilfsarbeiter, dem beim Gewerbegericht das Recht zur Lösung des Arbeitsverhältnisses zugesprochen wurde, von der Gewerbebehörde bestraft wird, weil er eben dieses Arbeitsverhältnis nicht lösen durfte. Da in dem Gesetz vom 27. November 1896, R. G. Bl. Nr. 218, betreffend die Errichtung von Gewerbegerichten, diesen, beziehungsweise den ordentlichen Gerichten ausschließlich die Befugnis über Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnis zu entscheiden übertragen wurden, erscheint überdies insbesondere mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 3 G. G. G., wonach die Zuständigkeit des Gewerbegerichtes die Zuständigkeit der politischen Behörden ausschließt, als auch mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 39 G. G. G., wonach mit der Wirksamkeit des Gewerbegerichtsgesetzes alle Vorschriften über Gegenstände, die durch das gegenwärtige Gesetz geregelt werden, ihre Wirksamkeit verlieren, die Bestimmungen des § 85 G. D. aufgehoben. Dennoch wird sie weiter gehandhabt und stellt einen schweren gesetzwidrigen, die Rechtssicherheit beeinträchtigenden Eingriff der Verwaltung in die Rechtsprechung dar.

Noch unleidlichere Rechtsverhältnisse ruft die weitere Bestimmung hervor, daß der Gewerbeinhaber berechtigt ist, den kontraktbrüchigen Arbeiter „durch die Behörde“ zur Rückkehr in die Arbeit zu verhalten.

Die Forderung nach Rückkehr in die Arbeit erscheint als die Forderung nach der Vertragserfüllung. Sie ist also die Vollstreckung des gerichtlichen Erkenntnisses, daß das Arbeitsverhältnis zu Recht besteht, und kann nur in den Formen des Vollzugs eines gerichtlichen Urteils, also nach den Vorschriften der Exekutionsordnung und insbesondere nach den Bestimmungen der §§ 353 und 354 E. O. vorgenommen werden. Diesen Standpunkt hat auch der Erlaß des Ministeriums des Innern vom 19. September 1900, Z. 32416, N. S. 297, eingenommen, der besagt: „Während sich nun die Strafbarkeit des Kontraktbruches ausschließlich als eine öffentlich-rechtliche (polizeiliche) Folge darstellt, berührt dagegen der über Begehren des Gewerbeinhabers eintretende Arbeitszwang den eigentlichen Vertragszweck, die Erfüllung des Vertrages selbst, und gehört daher in den Komplex der dormalen den Gewerbegerichten, beziehungsweise den ordentlichen Gerichten zugewiesenen gewerblichen Lohnstreitigkeiten.“

Diese seit beinahe zehn Jahren eingelebte Handhabung der Bestimmungen des § 85 E. O. hat nun eine Änderung erfahren durch eine jeder gesetzlichen Grundlage entbehrende Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes. Dieser hat mit Entscheidung vom 28. Dezember 1908, Nr. 9114 ex 1908, zwar anerkannt, daß durch die Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes die Befugnis der politischen Behörde, den Arbeiter zur Rückkehr in die Arbeit zu zwingen, aufgehoben wurde, aber er hat in derselben Entscheidung den Polizeibehörden das Recht, den Arbeiter zur Rückkehr in die Arbeit zu zwingen, wieder zuerkannt, indem er wider alle Regeln der Logik und alle Regeln der Gesetzesauslegung aussprach, daß auch in dem den Gewerbebehörden zugewiesenen Polizeistrafverfahren das Adhäsionsprinzip zur Geltung komme, wonach diese Behörde, welche in betreff eines Deliktes als Strafbehörde zuständig ist, unter gewissen Voraussetzungen auch über die aus der betreffenden strafbaren Handlung entstandenen zivilrechtlichen Ansprüche zu entscheiden hat. Es wird selten eine Entscheidung eines Obersten Gerichtshofes geben, die mehr das Gesetz verdreht und gegen die ausdrückliche Vorschrift des Gesetzes gefällt wurde. Wird diese Entscheidung von den Gewerbebehörden angewendet, dann kann der Fall eintreten, daß ein Unternehmer, der bei Gericht mit der Klage auf Feststellung des Rechtsbestandes eines Arbeitsverhältnisses oder mit seinem Begehren um exekutives Verhalten des Arbeiters zur Rückkehr in die Arbeit abgewiesen wurde, bei der Gewerbebehörde in dem dort vorgeschriebenen geheimen, nicht kontradiktorischen Verfahren die Bestrafung des Arbeiters wegen Kontraktbruch und im Zusammenhange damit die Zurückführung des Arbeiters im politischen Zwangsverfahren durchsetzt. Der Gendarm wird dann vollziehen, was der gerichtliche Vollstreckungsbeamte zu vollziehen abgelehnt hat. Schon die Möglichkeit eines derartigen Konfliktes zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden erfordert eine Klarstellung des Sachverhaltes durch die Gesetzgebung und rechtfertigt den vorliegenden Antrag und seine Dringlichkeit.

Gewiß aber ist die Übertragung richterlicher Befugnisse an die Verwaltungsbehörden ein so krasser Rückschritt in die Welt vergangener Rechtsanschauungen, ein so empfindlicher Eingriff in das Rechtsbewußtsein großer Schichten der Bevölkerung, daß nur ein rascher Akt der Gesetzgebung diesen Mißgriff einer obersten Gerichtsstelle wieder gutmachen kann.

Der einfachste Weg hierzu ist die Beseitigung der Bestimmung, die den Kontraktbruch des Arbeiters als eine Übertretung der Gewerbeordnung und als ein polizeilich zu ahndendes Delikt bezeichnet. Dieser Weg wird in dem vorliegenden Antrage beschritten.

Die weitere Bestimmung des Antrages, die Schadenersatzforderung des Unternehmers auf den Betrag des 14tägigen Lohnes des Arbeiters zu beschränken, ist eine Forderung der Billigkeit, da auch der Arbeiter im Falle des Kontraktbruches des Unternehmers nicht mehr fordern kann, und entspricht den Anträgen der Regierungsvorlagen und den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses in verwandten Materien.

Wien, 21. Juli 1911.

Schuhmeier.
Selig.
G. Oliva.
Dr. Battisti.
Domes.
Schiegl.
R. Seitz.
Reismüller.
Silberer.
Pittoni.

Josef Hudec.
Daszyński.
Dr. Marek.
Dr. Diamand.
Dr. Liebermann.
Moraczewski.
Cingr.
Reger.
Klemenšewicz.
Ellenbogen.

260

A

Antrag

des

Abgeordneten H u d e r und Genossen,

betreffend

die Beseitigung der Arbeitsbücher (Entlassscheines, Seediensbücher).

Die Gefertigten stellen den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

„Nachstehenden Geszentwurf ohne erste Lesung dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zuzuweisen.“

Gesetz

vom,

betreffend

die Beseitigung der Arbeitsbücher (Entlassscheines, Seediensbücher).

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen,
wie folgt:

Artikel I.

Die §§ 79, 80, 80 a, 80 b, 80 c, 80 d, 80 e, 80 f, 80 g, 80 h, 80 i, 81, Absatz 2, des Gesetzes vom 8. März 1885, R. G. Bl. Nr. 22, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung sowie § 99, Absatz 4 und 5, des Gesetzes vom 5. Februar 1907, R. G. Bl. Nr. 16, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung, treten außer Kraft.

Artikel II.

Die §§ 26 und 27 des Gesetzes vom 28. Juli 1902, R. G. Bl. Nr. 156, betreffend die Regelung

des Arbeitsverhältnisses der bei Regiebauten von Eisenbahnen und in den Hilfsanstalten derselben verwendeten Arbeiter, treten außer Kraft.

Artikel III.

§ 208 des allgemeinen Berggesetzes vom 23. Mai 1854, R. G. Bl. Nr. 146, tritt außer Kraft.

Artikel IV.

Das Zirkular der k. k. Seebehörde vom 14. Mai 1870, Z. 2621, tritt außer Kraft.

Artikel V.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft. Mit dem Tage, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt, verlieren alle anderen gesetzlichen Vorschriften über Gegenstände, die durch das gegenwärtige Gesetz geregelt werden, ihre Wirksamkeit.

Artikel VI.

Mit dem Vollzug dieses Gesetzes ist Mein Justizminister im Einvernehmen mit den Ministern des Handels, der Eisenbahnen und der öffentlichen Arbeiten beauftragt.

Erläuternde Bemerkungen.

Der vorliegende Antrag bezweckt die Beseitigung eines jahrhundealten Schandflecks des österreichischen Arbeiterrechts, die Beseitigung des Legitimationszwanges für alle Kategorien von gewerblichen Arbeitern, die Beseitigung des Arbeitsbuches in allen seinen Formen.

Das Arbeitsbuch ist der letzte Rest des früher bestandenen allgemeinen Paßzwanges. Für die Arbeiterschaft allein besteht noch die Vorschrift, daß sie mit Ausweisen über ihr Vorleben versehen sein muß.

Diese Einrichtung ist eine Plage für den Arbeitgeber, eine Fessel für den Arbeiter, ein Gegenstand unendlicher Prozesse, eine unpraktische Einrichtung, die fortwährend Schaden stiftet, ohne nur den geringsten Nutzen zu haben.

Mit der Verpflichtung des Arbeiters, das Arbeitsbuch beim Arbeitsantritt abzugeben, korrespondiert die Verpflichtung des Unternehmers, die Arbeitsbücher aufzubewahren, eine Pflicht, die in Unternehmungen mit großer Arbeiterzahl einen eigenen Apparat, eigene Beamten erfordert. Das Abhandenkommen auch nur eines Arbeitsbuches belastet den Arbeitgeber mit der Pflicht, den Schaden zu ersetzen, ein neues Arbeitsbuch zu beschaffen, mit einer Menge Plackereien, die in keinem Verhältnis zu dem Wert der Einrichtung für ihn steht. Denn für den Arbeitgeber kann das Arbeitsbuch nur den einen Wert haben, Auskunft über die frühere Beschäftigung des Arbeiters zu geben. Diesen Zweck erfüllt das Arbeitsbuch nicht, weil in dasselbe Ungünstiges nicht eingetragen werden darf.

Für den Arbeiter aber ist das Arbeitsbuch eine wahre Kette, die er in seinem ohnehin so dornenvollen Leben mit sich fortzuschleppen muß. Auskünfte über sein Verhalten gibt es, wie eben erwähnt, nicht. Der Verlust desselben verhindert ihn aber, Arbeit zu suchen und zu finden. Er verursacht ihm aber unwiderbringlichen Schaden, weil selbst ein Unternehmer, der absichtlich ein Arbeitsbuch zerstört, nicht verpflichtet ist, die mit zerstörten alten Ausweise wieder zu beschaffen, ja weil diese nicht wieder beschafft werden können.

Ein durch eine, sei es böswillig, sei es fahrlässig, unzulässige Eintragung ruiniertes Arbeitsbuch ist nicht mehr in seiner alten Reinheit herzustellen. Selbst wenn das Gericht ausspricht, daß eine Eintragung unzulässig sei, ist sie aus dem Buche nicht mehr spurlos zu entfernen. Das Arbeitsbuch schafft daher eine totale Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer. Die böse Laune eines Augenblicks, eine vorübergehende Verärgerung kann auf Monate hinaus dem Arbeiter die Verwertung seiner Arbeitskraft unmöglich machen. Aber die Verpflichtung, sich täglich über sein Vorleben ausweisen zu müssen, die dem Arbeiter allein von allen

Gesellschaftsschichten aufgebürdet ist, ist auch entwürdigend. Denn sie bedeutet eine Verkörperung fortgesetzten ständigen Mißtrauens, eine fortgesetzte, sonst niemandem zugemutete Kontrolle von dem Augenblick an, wo der der Schule entwachsene Arbeiter in das gewerbliche Leben tritt, bis zu dem Augenblick, wo er entkräftet und abgearbeitet aus dem gewerblichen Leben hinausgeworfen wird. Das Arbeitsbuch ist daher das Merkmal der Sklaverei, der Hörigkeit, der gelbe Fleck, der allen denen angeheftet wird, die als Ausgestoßene, als Minderwertige, als Kontrollbedürftige angesehen werden. Es erregt von neuem immer wieder die Vorstellung von der Zerteilung der Gesellschaft, in die Teilung von Kontrollbedürftigen und Kontrolllosen. Es liegt gewiß nicht im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, diesen Gegensatz immer wieder vor Augen zu führen. Das Arbeitsbuch belastet aber auch die Gerichte mit einer Unzahl von Prozessen der unleidlichsten Art. Kein Gebiet des Arbeitsrechtes ist so kontrovers wie gerade dieses. Da muß entschieden werden, ob der Arbeitgeber berechtigt ist, das Arbeitsbuch zurückzubehalten, wenn das Arbeitsverhältnis nicht ordnungsmäßig gelöst wurde, wie lange er es zurückbehalten darf, ob er es bei sich behalten oder ob er es bei der Gemeinde, bei der Polizei oder bei Gericht deponieren darf. Es muß entschieden werden, ob eine gemachte Eintragung zulässig, aber überflüssig, ob sie unzulässig, ob sie schlechtweg zulässig ist. Es muß entschieden werden, wann die Schadenersatzpflicht des Unternehmers beginnt, wie sie zu beweisen ist und dergleichen mehr. Der Oberste Gerichtshof mußte wegen der Frage des Deponierungsrechtes des Unternehmers zu einem Plenissimarbeschuß sich aufrufen. Die Praxis der Gerichte schwankt. Während der Oberste Gerichtshof in einer Entscheidung vom Jahre 1900 erklärte, daß das Arbeitsbuch auch bei nicht ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses nicht zurückbehalten werden dürfe, erklärte er im Jahre 1909, daß es bis zum Ablauf der Kündigungsfrist behalten werden könne. Die Gewerbegerichte wieder unterscheiden zwischen den im Akkord und im Wochenlohn stehenden Arbeitern. Ein Gewerbegericht erklärt die Eintragung „Wegen Streik entlassen“ für unzulässig, das andere für zulässig. Mit den größten Nichtigkeiten müssen die Gerichte sich befassen. So gibt es Entscheidungen, ob Eintragungen mit roter Tinte gestattet sind, ob das Zeugnis im Arbeitsbuch die handschriftliche Unterschrift oder nur die Stampiglie des Unternehmers tragen müsse. Die größten Nichtigkeiten sind entscheidend für das Schicksal ganzer Familien und der Scharfsinn der Juristen wird stumpf an den unendlichen Mannigfaltigkeiten der Einfälle boshafter, verärgelter Unternehmer.

Und wozu dies alles, wozu diese Verschwendung von Kraft, wozu dieses monatelange Brachliegen von Arbeitskraft, wozu dieser Aufwand von Arbeit? Die größten Industrieländer kennen die Einrichtung des Arbeitsbuches nicht. England, Amerika, Deutschland haben ohne die Einrichtung des Arbeitsbuches sich eine starke und mächtige Industrie geschaffen. In Frankreich ist das Arbeitsbuch beseitigt worden. Nur in Österreich und in Ungarn besteht es noch. Den Unternehmern wie den Arbeitern gleich verhaßt, den Gerichten wie den Verwaltungsbehörden eine ewige Plage, ragt diese Einrichtung in unsere Zeit noch hinein, niemand zu Nutzen, jedem zu Leide. Seine Beseitigung wird in der Bevölkerung als eine Selbstverständlichkeit empfunden werden. Sie ist eine wahrhaft volkstümliche Tat. Hat doch schon der Arbeitsbeirat im Jahre 1902 anlässlich der Begutachtung der Gesekentwürfe über das Arbeitsverhältnis bei den Regiebauern der Eisenbahnen richtig seine Beseitigung gefordert.

Der vorliegende Antrag setzt nun alle jene gesetzlichen Bestimmungen außer Kraft, auf denen die Einrichtung des Arbeitsbuches beruht. Er bezieht sich auf das Arbeitsbuch der der Gewerbeordnung unterstehenden Hilfsarbeiter ebenso wie auf Arbeiter der Eisenbahnen, die Arbeiter in den Bergwerken und auf den Schiffen. Er will die Beseitigung des Arbeitsbuches in allen seinen Formen. Nur die Abschaffung der Dienstbotenbücher kann die Reichsgesetzgebung nicht aussprechen, da dies der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegt.

Moraczewski.
Reger.
Klemeniewicz.
Gingr.
Domes.
B. Pittoni.
R. Seiz.
Schuhmeier.
David.
Bretschneider.

Josef Hudc.
Daszhyński.
Dr. Marek.
Dr. Diamand.
Dr. Liebermann.
Reismüller.
Glöckel.
Ellenbogen.
Dr. Battisti.
G. Oliva.

261

A

Antrag

des

Abgeordneten H u d e r und Genossen,

betreffend

die Abänderung, beziehungsweise Ergänzung des Artikels I, § 1, Absatz 2 des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1888.

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

„Dem nachfolgenden Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben.“

In formaler Beziehung wird beantragt, den Antrag ohne erste Lesung dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zuzuweisen.

Gesetz

vom ,

betreffend

die Unfallversicherung bei baugewerblichen Betrieben.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

§ 1, Absatz 2, des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1888, hat zu lauten:

Dasselbe gilt von Arbeitern sowie von Betriebsbeamten, welche in Gewerbebetrieben, die sich auf die Ausführung von Bauarbeiten erstrecken, oder sonst bei der Ausführung von Bauten beschäftigt sind.

Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die Arbeiten auf dem Bau selbst oder in einer auf dem

Bauplatz für eine gewisse Dauer eingerichteten Werkstätte oder auf den vom Bauplatz örtlich getrennten Zimmerplätzen oder in geschlossenen Werkstätten ausgeführt werden.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf solche Arbeiter, welche, ohne in einem Gewerbebetriebe der bezeichneten Art beschäftigt zu sein, lediglich einzelne Reparaturarbeiten an Bauten ausführen. Beim Bau ebenerdiger Wohn- oder Wirtschaftsgebäude auf dem flachen Lande sowie bei sonstigen landwirtschaftlichen Bauten findet eine Versicherungspflicht nicht statt, sofern dabei nur der Bauherr, seine Hausgenossen oder andere Bewohner desselben Ortes, welche solche Bauführungen nicht gewerbsmäßig betreiben, beschäftigt sind.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft.

Artikel III.

Mit dem Vollzug dieses Gesetzes sind Mein Minister des Innern und Mein Justizminister im Einvernehmen mit Meinen übrigen beteiligten Ministern betraut.

Wien, 21. Juli 1911.

Daszynski.
Dr. Marek.
Dr. Diamand.
Reger.
Eingr.
Ellenbogen.
Oliva.
R. Seitz.
Silberer.
Reifmüller.

Josef Hudc.
Dr. Liebermann.
Clemensiewicz.
Moraczewski.
Glöckel.
Dr. Battisti.
Bittoni.
David.
Schuhmeier.
Domes.

262

A

Antrag

des

Abgeordneten Klementiewicz und Genossen,

betreffend

die landwirtschaftlichen Pachtverträge.

Nach den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Jahre 1902 gibt es in Österreich 151.649 landwirtschaftliche Betriebe, welche nur Pachtland, und 631.042 landwirtschaftliche Betriebe, welche sowohl Pachtland als auch Eigenland bewirtschaften. Hierbei wurden zu den Pachtbetrieben auch jene 62.745 Betriebe gezählt, in welchen Land gegen Ertragsanteil bewirtschaftet wird.

Der größte Teil der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe gehört zu den Kleinbetrieben. Von den 782.691 Pachtbetrieben bewirtschaften:

weniger als 0.5 Hektar Landes	115.323 Betriebe,
0.5 bis 2 " "	299.296 "
2 " 5 " " "	220.495 "
5 " 10 " " "	83.546 "
über 10 " " " "	64.031 "

Die wirtschaftliche Lage der kleinen Pächter ist überaus beklagenswert. Durch den Pachtvertrag müssen sie sich nicht nur zu Leistungen verpflichten, die zum Werte der Gegenleistung des Verpächters sehr oft in argem Mißverhältnis stehen, sie müssen sich überdies sehr oft auch Bedingungen unterwerfen, durch die die alten grundherrlichen Rechte auf einem Umwege wieder eingeschmuggelt werden.

Die Vertragsfreiheit muß hier eine sehr wesentliche Einschränkung erfahren, wenn nicht die feudalen Verhältnisse in veränderter Rechtsform fortbauern sollen.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz

vom,

betreffend

die landwirtschaftlichen Pachtverträge.

§ 1.

Pachtverträge, durch welche landwirtschaftlich zu nutzende Grundstücke in Bestand gegeben werden, werden landwirtschaftliche Pachtverträge genannt.

Werden landwirtschaftliche Grundstücke neben anderen Sachen in Bestand gegeben, so ist der Vertrag als ein landwirtschaftlicher Pachtvertrag anzusehen, wenn die Nutzung der landwirtschaftlichen Grundstücke für den Pächter ein Hauptzweck des Vertrages ist.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die landwirtschaftlichen Pachtverträge finden auch auf die im § 1103 a. b. G. B. bezeichneten Gesellschaftsverträge Anwendung.

§ 2.

Landwirtschaftliche Pachtverträge können nur schriftlich errichtet werden. Der Vertrag kommt durch Unterschrift der Parteien oder, falls sie des Schreibens unfähig oder wegen Gebrechens unfähig sind, durch Beisetzung ihres Handzeichens vor zwei Zeugen, von denen der eine den Namen der Partei unterfertigt, zustande. Diese Urkunden sind von allen Gebühren befreit.

Doch sind mündliche Zusagen, welche der Verpächter oder sein Vertreter vor, bei oder nach Errichtung der Urkunde dem Pächter gegeben hat, rechtsverbindlich, wenngleich sie mit der Urkunde nicht übereinstimmen.

Wenn landwirtschaftliche Grundstücke seit langer Zeit verpachtet wurden, ist anzunehmen, daß durch den schriftlichen Pachtvertrag die dem Pächter üblicherweise zugestandenene Rechte nicht eingeschränkt werden sollten, es sei denn, daß eine Einschränkung dieser Rechte in der Urkunde ausdrücklich ausgesprochen ist und daß ihr keine mündliche Zusage des Verpächters entgegensteht.

§ 3.

Die Bestimmung des § 1120 a. b. G. B. findet auf landwirtschaftliche Pachtverträge keine Anwendung.

§ 4.

Folgende Verträge und Vertragsbestimmungen zwischen dem Pächter und dem Verpächter landwirtschaftlicher Grundstücke sind unbeschadet der Gültigkeit der anderen Bestimmungen des Pachtvertrages nichtig:

1. Die Vereinbarung, daß der Pächter das landwirtschaftliche Grundstück auch dann nicht in Bestand geben dürfe, wenn dies ohne erweislichen Nachteil des Verpächters geschehen kann;

2. die Vereinbarung, durch welche der Pächter auf den ihm nach § 1097 a. b. G. B. zustehenden Anspruch auf Ersatz eines notwendigen oder nützlichen Aufwandes ganz oder teilweise verzichtet;

3. die Vereinbarung, durch welche der Pächter auf den ihm nach §§ 1104, 1105 a. b. G. B.

zustehenden Anspruch auf Erlassung des Pachtzinses oder eines Teiles desselben verzichtet;

4. Die Vereinbarung, daß der Verpächter in anderen als den im § 1118 a. b. G. B. bezeichneten Fällen die frühere Aufhebung des Vertrages fordern kann;

5. die Vereinbarung, daß der Pächter auf den ihm nach den Jagdgesetzen gegen den Verpächter zustehenden Anspruch auf die Entschädigung für erlittene Jagd- und Wildschäden ganz oder teilweise verzichtet;

6. die Vereinbarung, daß der Pächter in jenen Fällen, in denen er einen Schadenersatz, den Ersatz seiner Aufwendungen oder die Erlassung eines Teiles des Pachtzinses zu fordern berechtigt ist, die Bemessung des Wertes der von ihm gemachten Aufwendungen oder des erlittenen Schadens durch den Verpächter oder dessen Gewalthaber im voraus anerkennt;

7. die Vereinbarung, daß die Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten aus dem landwirtschaftlichen Pachtvertrage durch den Verpächter, dessen Gewalthaber oder durch Schiedsrichter erfolgen solle.

§ 5.

Wenn der Verpächter oder sein Gewalthaber den Leichtsinn, die Notlage, Verstandeschwäche, Unerfahrenheit oder Gemütsaufregung des Pächters dadurch ausbeutet, daß er sich oder einem Dritten Leistungen versprechen oder gewähren läßt, deren Vermögenswert zu dem Werte der Gegenleistung in auffälligem Mißverhältnis steht, ist dieser Vertrag nichtig.

Ist aber der Pächter in das Vertragsverhältnis bereits eingetreten und will er es fortsetzen, dann kann er verlangen, daß der Vertrag als gültig behandelt werde und der Richter die von dem Pächter versprochenen Leistungen nach Einvernehmung von Sachverständigen angemessen ermäßige.

§ 6.

Der Verpächter, der einen ausbeuterischen Pachtvertrag der im § 5 bezeichneten Art abschließt oder durch seinen Gewalthaber für sich abschließen läßt, ist des Vergehens des Wuchers schuldig und mit strengem Arrest in der Dauer von einem bis drei Monaten und mit Geld von 200 K bis 1000 K zu bestrafen.

§ 7.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes, welches mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit tritt, finden auch auf die vor diesem Zeitpunkte geschlossenen Pachtverträge Anwendung.

Die Rechtswirkung mündlicher Pachtverträge, die vor der Kundmachung dieses Gesetzes geschlossen

worden sind, wird durch den § 2, Absatz 1, dieses Gesetzes nicht berührt, doch steht dem Pächter jederzeit das Recht zu, die Errichtung einer Vertragsurkunde zu verlangen. Die Kosten der Errichtung dieser Pachturkunde hat der Verpächter zu tragen.

§ 8.

Mit der Vollziehung dieses Gesetzes werden der Justizminister und der Ackerbauminister betraut.

Hinsichtlich der Geschäftsbehandlung wird beantragt, diesen Antrag dem landwirtschaftlichen Ausschusse zuzuweisen.

Wien, 21. Juli 1911.

R. Seitz.
Dr. Battisti.
David.
Seliger.
Domes.
Pittoni.
G. Oliva.
Schuhmeier.
Glöckel.
Dr. Liebermann.

Klemenšewicz.
Silberer.
Daszyński.
Dr. Marek.
Dr. Diamand.
Hudec (Zemberg).
Eingr.
Rager.
Moraczewski.
Ellenbogen.

263

A

Antrag

der

Abgeordneten Dr. Diamand, Cingr, Reger und Genossen,

betreffend

die Vorbereitung der Enteignung der Kohlenbergwerke.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln führt in allen Ländern und allen Produktionszweigen zur Knechtung und Ausbeutung der ganzen Gesellschaft durch die großen Kapitalsmächte. Die Gesellschaft wird darum die Arbeitsmittel den Händen der Kapitalisten entwinden müssen, um sich die Freiheit der Arbeit und die Herrschaft über die Naturschätze wieder zu erringen.

In Österreich ist diese Entwicklung in keinem Zweige der gesellschaftlichen Produktion früher offenbar geworden, wird diese Notwendigkeit nirgends so allgemein erkannt, wie auf dem Gebiete des Kohlenbergbaues.

Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues ist eine Forderung, der sich selbst die bürgerlichen Parteien, die Verteidiger des Privateigentums und Gegner des Sozialismus, nicht mehr entziehen können.

Aber die unvorbereitete Ablösung der Kohlenbergwerke durch den Staat würde an der Ausbeutung der ganzen Gesellschaft durch die bisherigen Eigentümer der Kohlengruben nichts ändern, sie würde den Staat nur zum Kassier dieser mächtigsten Kapitalistengruppen erniedrigen, den Kapitalisten aber die hohen Profite und Renten einer Periode der Hochkonjunktur für alle Zukunft sichern.

Die Enteignung der Kohlenbergwerke muß daher planmäßig vorbereitet werden.

Die Befertigten stellen daher den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

„I. Die Regierung wird aufgefordert, dem Reichsrat folgende Gesetzentwürfe vorzulegen:

1. Den Entwurf einer Novelle zum Berggesetz, durch die das Recht zur Auffuchung und Gewinnung von Kohle dem Staat vorbehalten wird. Zuweisungen von Schurfgebieten und Verleihungen von Bergwerksmaßen zur Gewinnung von Kohle dürfen nicht mehr erteilt werden. Die §§ 253 ff. a. B. G. sind dahin abzuändern, daß die rechtskräftig entzogenen oder aufgelassenen Gruben- und Tagmaße in das Eigentum des Staates übergehen.

2. Der Entwurf einer Novelle zum Berggesetz, durch die der Staat ermächtigt wird, Kohlenbergwerke aus Gründen des öffentlichen Wohles jederzeit unter Zwangsverwaltung zu stellen, und zwar insbesondere dann, wenn die Bergwerkeigentümer oder Freischürfer die notwendigen Vorkehrungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter unterlassen, wenn der Betrieb infolge einer Aussperrung oder eines Ausstandes eingestellt wird, wenn die Unternehmer sich an Kartellen oder Preisverabredungen beteiligen oder wenn sie den Betrieb auf Grund einer Vereinbarung mit anderen Unternehmern einschränken.

3. Den Entwurf eines Enteignungsgesetzes, das den Staat ermächtigt, die Kohlengruben jederzeit aus Gründen des öffentlichen Wohles zu enteignen. Die Festsetzung der angemessenen Schadloshaltung der Bergwerkseigentümer und Freischürfer ist den ordentlichen Gerichten zuzuweisen.

II. Die Regierung wird aufgefordert, die Bergbehörden zu beauftragen, sie mögen das Berggesetz strenger als bisher handhaben und insbesondere durch strenge Anwendung der §§ 220 bis 224, 235 bis 250 a. B. G. über die Durchführung der §§ 170 bis 188 a. B. G. wachen. Insbesondere sind die Bergbehörden darauf aufmerksam zu machen, daß die von den Unternehmern häufig auf Grund gegenseitiger Vereinbarung vorgenommene Einschränkung der Produktion als eine Unterbrechung des vorgeschriebenen möglichst vollkommenen Betriebes im Sinne der §§ 170, 174, 243 a. B. G. anzusehen ist und daß die Fristen zur Aufnahme des unterbrochenen steten Betriebes (§ 182 a. B. G.) nur auf Grund eingehender Erhebungen und nur verlängert werden dürfen, wenn die Aufnahme des steten Betriebes durch höhere Gewalt verhindert wird.

III. Die Regierung wird aufgefordert, die Transportkartelle der Eisenbahnen, durch welche die Zufuhr der Kohle in die Industriegebiete und Konsumtionszentren erschwert oder verteuert wird, zu bekämpfen, die Tarife für Kohlentransporte sofort herabzusetzen, die Erschwerung der Kohlentransporte durch Waggonmangel und durch die Unzulänglichkeit der Stationsanlagen zu beheben und dem Abgeordnetenhaus über die zur Förderung der Kohlentransporte ergriffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

IV. Die Regierung wird aufgefordert, Erhebungen darüber vorzunehmen, ob und wie weit eine Verringerung der Nachfrage nach Kohle durch die Ausnutzung der Wasserkräfte, durch die Elektrifizierung der Alpenbahnen und durch die Verwendung von Naphtha zur Heizung der Dampfkessel herbeigeführt werden kann, und dem Abgeordnetenhaus zu berichten, welche Maßregeln sie zu diesem Zwecke zu ergreifen gedenkt.

V. Die Regierung wird aufgefordert, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit die in den staatlichen Kohlenbergwerken gewonnene Kohle unter Ausschaltung des kapitalistischen Zwischenhandels tunlichst unmittelbar an die Konsumenten abgegeben werde."

Hinsichtlich der Geschäftsbehandlung wird beantragt, diesen Antrag dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zuzuweisen.

B. Bittoni.

G. Oliva.

Dr. Battisti.

Rejel.

Reismüller.

Domes.

Silberer.

Schuhmeier.

Seliger.

Schlegl.

Dr. Diamand.

Cingr.

Keger.

Daszyński.

Dr. Marek.

Dr. Liebermann.

Indec.

Moraczewski.

Klemensiewicz.

Ellenbogen.

R. Seiz.

264

A

Antrag

der

Abgeordneten H u d e r und Genossen,

betreffend

die Unterwerfung des Schmiedegewerbes unter die Unfallversicherungspflicht.

Das Schmiedegewerbe gehört zu den Gewerben mit der größten Unfallsgefahr. Nach der Statistik der Gehilfenkrankenkasse der Fuß- und Wagenschmiede in Wien betrug in den Jahren 1903 bis 1909:

Jahr	Zahl der Rassen- mitglieder	Zahl der Verletzungen	Krankentage
1903	1070	132	1484
1904	1080	122	1597
1905	1063	118	1502
1906	1068	138	?
1907	1026	166	1745
1908	1162	171	2255
1909	1054	156	2028

Vom 1. Jänner 1899 bis 31. Dezember 1909 erkrankten insgesamt 4801 Mitglieder und es wurde für 87.095 Krankentage Krankengeld bezahlt. Davon entfielen 1895 Erkrankungen = 40 Prozent der Gesamtzahl mit 24.193 Krankentagen = 28 Prozent der Gesamtzahl auf Verletzungen. Der größte Teil dieser Verletzungen wurde durch den Gebrauch von Handwerkzeugen, ein weiterer Teil durch das Herabfallen schwerer Gegenstände, durch Entzündung oder Explosion feuergefährlicher Stoffe sowie durch Schlag oder Biß von Tieren herbeigeführt. Es bedarf wohl keines weiteren Beweises, daß die Arbeiter des Schmiedegewerbes der obligatorischen Unfallversicherung ebenso dringend bedürfen wie die Arbeiter anderer Produktionszweige, welche schon nach den bestehenden Gesetzen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert sind.

Dies hat auch die Regierung selbst anerkannt. Im § 7, Absatz 1, Zeile 3, der Regierungsvorlage über die Sozialversicherung wird vorgeschlagen, daß die Gewerbebetriebe der Schmiede der Unfallversicherungspflicht unterworfen werden. Dieser Vorschlag wurde vom Sozialversicherungsausschusse bereits angenommen. Es unterliegt aber leider keinem Zweifel, daß noch geraume Zeit vergehen wird, ehe das neue Sozialversicherungsgesetz in Wirksamkeit treten wird. Es geht aber nicht an, daß noch während einer langen Zeit die

Schmiedegehilfen der Wohlthaten der obligatorischen Unfallversicherung entbehren. Die Arbeiter des Schmiedegewerbes verlangen daher, daß ihre Forderung nach Einreihung in die Unfallversicherung vorläufig durch eine Novelle zu den geltenden Unfallversicherungsgesetzen erfüllt wird.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

„Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, dem folgenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.“

Gesetz

vom

Artikel I.

Die Gewerbebetriebe der Schmiede werden der Unfallversicherungspflicht nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1888, unterworfen.

Artikel II.

Die Frist, binnen welcher die Unternehmer von bereits bestehenden Schmiedebetrieben die im § 18 des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1888, vorgeschriebene Anzeige zu erstatten haben, wird vom Minister des Innern im Verordnungswege festgesetzt.

Die Wirksamkeit der Versicherung beginnt am 1. Jänner 1911.

Artikel III.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird der Minister des Innern betraut.

Hinsichtlich der Geschäftsbehandlung wird beantragt, diesen Antrag dem sozialpolitischen Ausschusse zuzuweisen.

Ellenbogen.
Glückel.
David.
Moraczewski.
Seliger.

Dr. Battisti.
B. Bittoni.
Schuhmeier.
G. Oliva.
Kefel.

Keger.
Klemenšewicz.
Cingr.
Pernerstorfer.
R. Seiz.

Josef Hudec.
Dazzyński.
Dr. Marek.
Dr. Diamand.
Dr. Liebermann.

265
A

Antrag
der
Abgeordneten Reger, Lingr und Genossen,
betreffend
die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben.

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz
vom ,
betreffend
die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben.

§ 1.

In denjenigen Gewerbebetrieben und Betriebsabteilungen, bei denen ihrer Natur nach eine Unterbrechung des Betriebes untunlich ist (Artikel VI des Gesetzes vom 16. Juni 1895, R. G. Bl. Nr. 21), darf die Arbeitsdauer für die Hilfsarbeiter mit Einrechnung der Arbeitspausen nicht mehr als höchstens acht Stunden binnen 24 Stunden betragen.

§ 2.

Bei dem Wechsel der Wochenschichten darf die Arbeitsdauer in diesen Betrieben und Betriebsabteilungen einmal wöchentlich höchstens acht Stunden binnen 16 Stunden betragen.

§ 3.

Allen Arbeitern, welche bei einer solchen Arbeit, deren Unterbrechung untunlich ist, an einem Sonntag gearbeitet haben, ist mindestens eine 24stündige Ruhezeit am darauffolgenden Sonntag oder, wenn dies mit Rücksicht auf den Betrieb nicht möglich ist, an einem dem folgenden Sonntag vorausgehenden Wochentage zu gewähren.

§ 4.

Wenn Naturereignisse oder Unfälle den regelmäßigen Betrieb unterbrochen haben, kann die politische Behörde erster Instanz den einzelnen Betrieben oder Betriebsabteilungen eine zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit für so lange bewilligen, bis der regelmäßige Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Den gewerkschaftlichen Vereinen der Arbeiter steht das Recht zu, über diese Bewilligung bei der politischen Landesbehörde Beschwerde zu führen. Die Landesbehörde hat über diese Beschwerde binnen drei Tagen zu entscheiden.

§ 5.

Übertretungen dieses Gesetzes werden nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung, jedoch in jedem Falle mit Arrest von 1 bis 14 Tagen bestraft.

§ 6.

Das Gesetz tritt am 1. Jänner 1912 in Kraft.

§ 7.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der Handelsminister betraut.

In formaler Beziehung wird der Antrag gestellt, vorstehenden Gesetzentwurf dem sozialpolitischen Ausschusse zuzutheilen.

Begründung.

Nach den Erhebungen des Arbeitsstatistischen Amtes bestehen in Österreich 3267 kontinuierliche Betriebe und Betriebsabteilungen, in denen 106.671 Arbeiter beschäftigt sind; 95·2 Prozent dieser Betriebe, 88·4 Prozent dieser Arbeiter haben noch die zwölfstündige Schichtdauer. Wohl schließt die Schicht auch die Arbeitspausen ein, aber nur 2·2 Prozent der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter hatten Arbeitspausen von mehr als zwei Stunden, dagegen 41·5 Prozent Arbeitspausen von höchstens einer Stunde. Beim Schichtenwechsel beträgt die Arbeitsdauer in 2395 Betrieben mit 68.314 männlichen und 11.086 weiblichen Arbeitern 18 Stunden.

Die Erhebungen des Arbeitsstatistischen Amtes haben aber eine wichtige Kategorie von kontinuierlichen Betrieben nicht erfaßt, nämlich diejenigen Hüttenbetriebe, welche mit Bergwerken verbunden sind und darum der Aufsicht der Bergbehörden unterliegen; in diesen Betrieben ist die 12stündige, bei Schichtenwechsel 18stündige Schichtdauer für die Arbeiter um so schädlicher, da infolge der technischen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte die Arbeitspausen hier immer mehr reduziert wurden und in vielen Betriebsabteilungen fast vollständig weggefallen sind.

Die große Häufigkeit der Unfälle und Erkrankungen der in den kontinuierlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter beweist, daß die Verkürzung der Schichtdauer in diesen Betrieben ein Gebot der Hygiene ist. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist auch eine Voraussetzung des wirtschaftlichen Fortschrittes, der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und der Intensität ihrer Arbeit. Daß die gesundheitswidrige Ausdehnung der Arbeitszeit auch wirtschaftlich nicht vorteilhaft ist, beweist die Tatsache, daß der regelmäßige Betrieb während der Sommermonate sehr häufig durch Massenerkrankungen der Arbeiter gestört wird.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben kann der Natur der Sache nach nur durch die gesetzliche Einführung der achtfündigen Schicht herbeigeführt werden. Der jetzige Zeitpunkt erscheint den Antragstellern zur Durchführung dieser Reform besonders geeignet, nicht nur darum, weil die Arbeiter die endliche Beseitigung der Qual einer 12 bis 18 Stunden langen Arbeitszeit vom Parlamente des gleichen Wahlrechtes wohl mit Recht erwarten dürfen, sondern auch deshalb, weil in einem Augenblick des Abflauens der Konjunktur, der Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkte die Vermehrung des Arbeiterbedarfes in vielen wichtigen Produktionszweigen im Interesse der ganzen Volkswirtschaft doppelt wünschenswert erscheint.

Wien, 21. Juli 1911.

Moraczewski.
Seliger.
Ellenbogen.
Pittoni.
G. Oliva.
Dr. Battisti.
Reisel.
David.
Karl Seitz.
Schuhmeier.

Reger.
Eingr.
Dazzyński.
Marek.
Diamand.
Klemensiewicz.
Liebermann.
Hudec.
Glöckel.
Bernerstorfer.

The American Medical Association is a non-profit corporation organized for the purpose of promoting the science and art of medicine and the health of the people. It was organized in 1847 and has since that time been the leading organization of the medical profession in this country. Its objects are to advance the science and art of medicine, to promote the health of the people, and to protect the public interest in the medical profession. It does this by publishing a journal, holding annual meetings, and by other means. It is a body of men and women who are interested in the progress of medicine and the health of the people. It is a body of men and women who are interested in the progress of medicine and the health of the people. It is a body of men and women who are interested in the progress of medicine and the health of the people.

President	Dr. J. C. Brainerd
Vice-President	Dr. J. H. Henshaw
Secretary	Dr. J. H. Henshaw
Treasurer	Dr. J. H. Henshaw
Editor	Dr. J. H. Henshaw
Business Manager	Dr. J. H. Henshaw

Published by the American Medical Association, 535 North Dearborn Street, Chicago, Ill.